



PROTOKOLL

(Gemeinde
Ostermündigen)

⇒ noch nicht genehmigt

GROSSER GEMEINDERAT

Sitzungs-Nr. 2022/1

Datum/Zeit	Donnerstag, 24. Februar 2022, 18:00 - 22:00 Uhr
Ort	TELL-Saal, Bernstrasse 101, 3072 Ostermündigen
Vorsitz	Bärtschi Mosimann Astrid (Die Mitte) _____ 1
Mitglieder	Aeschbacher Sarah (SP) Balmer Kathrin (SP) Dähler Stefanie (SP) Falk Marcel (SP) Kistler Kerstin (SP) Kuert Matthias (SP) Nova Colette (SP) Schnider-Müller Simone (SP) Selmani Emsale (SP) Thomann Thulani (SP) Zeyer Christian (SP) Zeyer Priska (SP) _____ 12 Friedli Hans Peter (SVP) Gränicher Adrian (parteilos/SVP) Hausammann Hans-Rudolf (SVP) Truog Markus (SVP) Zaugg Gerhard (SVP) Zysset Walter (SVP) _____ 6 Luyet Cédric (glp) Mink II Sandro (glp) Tamàs Oliver (glp) Toggwiler Denis (glp) Wahli Alexander (glp) Züllig von Allmen Dorothea (glp) _____ 6 Leiser Christoph (FDP) Rickenbach Rolf (FDP) _____ 2 Baumgartner Gerhard (EVP) Wagner Martina (EVP) Zürcher Myriam (EVP) _____ 3 Jordi Yves (Die Mitte) Löhner Sandra (Die Mitte) _____ 2 Mahler Niels (Grüne) Tanner Adrian (Grüne) _____ 2 Ananiadis Jorgo (Piraten) _____ 1 Total anwesend _____ <u>35</u>

1. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 24. Februar 2022

Mitglieder Gemeinderat	Iten Thomas (Gemeindepräsident; parteilos) sowie Blaser Erich (SVP), Gasser Melanie (glp), Grasso Gerardo (FDP), Panayides Aliko (SVP) und Weber Hadorn Maya (SP)
Gemeindeschreiberin	Stuedler Barbara
Protokollführer	Kumli Jürg, Gemeindeschreiber Stv.
Entschuldigt	Mitglieder GGR: Feller Daniela (FDP), Wipfli Hans (SVP), Zivanovic Sandra (SVP) und Zuber Cyrill (SVP) Mitglied GR: Fredrich Bettina (SP)
Unentschuldigt	Mitglied GGR: Minka Il Lucien (FDP)

TRAKTANDEN

75.	Protokoll der 5. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 28. Oktober 2021; Genehmigung	9
76.	Protokoll der 6. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 2. Dezember 2021; Genehmigung	10
77.	Finanzkommission; Ersatzwahl.....	11
78.	Sozialkommission; Ersatzwahl.....	12
79.	Kooperation Ostermundigen Bern; Fusionsverhandlungen; Strukturfragen; Berichterstattung und Beschlussfassung	13
80.	E-Parlamentssitzungen; "Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates (GO GGR)"; Genehmigung einer Teilrevision.....	50
81.	Überparteiliche Motion betreffend Falllast in der Sozialhilfe verringern, Beratung und Integration in den Arbeitsmarkt verbessern, Kosten senken; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat	54

82.	Überparteiliches Postulat betreffend Prüfung einer Teilrevision des Baureglements; Erheblicherklärung/Ablehnung	58
83.	Orientierungen des Gemeinderats.....	59
84.	Dringliche überparteiliche Motion: KOBe Ostermundigen Bern - vollwertige Vertretung während einer Übergangszeit von 4 bis 8 Jahren; parlamentarischer Neueingang.....	63
85.	Dringliches Postulat SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion: Vor dem Hintergrund der Bestrebungen, den Berner Gemeinderat parallel zur Fusion auf 7 Mitglieder aufzustocken; parlamentarischer Neueingang.....	65
86.	Dringliche Motion EVP-Fraktion betreffend den neuen Stadtteil der Stadt Bern, nämlich Ostermundigen, erhält während einer Übergangszeit von 4-8 Jahren bei den die Fusion betreffenden Themen ein stimmberechtigtes Gemeinderatsmitglied; parlamentarischer Neueingang.....	67
87.	Dingliche Motion Nr. 1 der SVP-Fraktion zum Projekt Kooperation Ostermundigen Bern (KOBe); Bestandessicherheit Ortsplanungsrevision «O'mundo» ; parlamentarischer Neueingang.....	68
88.	Dingliche Motion Nr. 2 der SVP-Fraktion zum Projekt Kooperation Ostermundigen Bern (KOBe); Bestandessicherheit des Energierichtplans; parlamentarischer Neueingang	69
89.	Dingliche Motion Nr. 3 der SVP-Fraktion zum Projekt Kooperation Ostermundigen Bern (KOBe); Bestandessicherheit Schulraumplanung; parlamentarischer Neueingang.....	70
90.	Dingliche Motion Nr. 4 der SVP-Fraktion zum Projekt Kooperation Ostermundigen Bern (KOBe); Harmonisierung der Bauordnungen; parlamentarischer Neueingang	71

91.	Dingliche Motion Nr. 5 der SVP-Fraktion zum Projekt Kooperation Ostermundigen Bern (KOBe); Bestandessicherheit der Planungen im öffentlichen Verkehr; parlamentarischer Neueingang.....	72
92.	Dingliche Motion Nr. 6 der SVP-Fraktion zum Projekt Kooperation Ostermundigen Bern (KOBe); Verkehrserschliessung; parlamentarischer Neueingang	73
93.	Dingliche Motion Nr. 7 der SVP-Fraktion zum Projekt Kooperation Ostermundigen Bern (KOBe); Verkehrs- und Parkplatzpolitik; parlamentarischer Neueingang	74
94.	Dingliche Motion Nr. 8 der SVP-Fraktion zum Projekt Kooperation Ostermundigen Bern (KOBe); Bestandessicherheit für Gemeindemitarbeitende; parlamentarischer Neueingang.....	75
95.	Dingliche Motion Nr. 9 der SVP-Fraktion zum Projekt Kooperation Ostermundigen Bern (KOBe); Künftiges Pensionsalter der Gemeindemitarbeitenden und deren allfällige finanziellen und/oder personalrechtlichen Folgen; parlamentarischer Neueingang.....	76
96.	Dingliche Motion Nr. 10 der SVP-Fraktion zum Projekt Kooperation Ostermundigen Bern (KOBe); Sicherstellung der intakten Gewerbestruktur; parlamentarischer Neueingang.....	77
97.	Dringliche Motion Nr. 11 der SVP-Fraktion zum Projekt Kooperation Ostermundigen Bern (KOBe); Vereine; parlamentarischer Neueingang.....	78
98.	Dingliche Motion Nr. 12 der SVP-Fraktion zum Projekt Kooperation Ostermundigen Bern (KOBe); Stadtteilpartizipation; parlamentarischer Neueingang	79
99.	Dringliches, überparteiliches Postulat für ein doppeltproportionales Zuteilungsverfahren (doppelter Pukelsheim) in einem allfälligen Übergangsparlament oder bei der Bildung von Wahlkreisen; parlamentarischer Neueingang	80
100.	Dringliches überparteiliches Postulat betreffend Sitze nach Bevölkerungszahl statt nach Anzahl Stimmberechtigte zuteilen; parlamentarischer Neueingang	81

1. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 24. Februar 2022

101. Dringliches überparteiliches Postulat für einen Grüngürtel auch nach der Fusion; parlamentarischer Neueingang	82
a) Pendenzenliste des Grossen Gemeinderates	85
b) KOBe; Folie 1.....	86
c) KOBe; Folie 2.....	86
d) KOBe; Folie 3.....	88

Mitteilungen der Ratspräsidentin

Ratspräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Liebe Parlamentsmitglieder, geschätzte Mitglieder des Gemeinderats, sehr geehrte Gäste und VertreterInnen der Presse - ich begrüsse Sie zur ersten GGR-Sitzung im neuen Jahr.

Als ich mich auf die heutige Sitzung vorbereitet habe, war die Lage in der Ukraine zwar angespannt. Seit heute wissen wir, dass in Europa Krieg herrscht. Unsere Gedanken sind bei der ukrainischen Bevölkerung und allen, die dort Freunde und Angehörige haben.

Die vergangenen zwei Jahre mit der Corona-Pandemie haben uns alle vor grosse Herausforderungen gestellt: Persönlich, politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich. Wenn uns jemand im Herbst 2019 eine solche Krise vorausgesagt hätte, hätten wir ihn ins Märchenland verwiesen oder gesagt, er habe zu viele schlechte Filme geschaut.

Wir mussten feststellen, dass in unserem Land auf einmal nichts mehr selbstverständlich war. Unser teures Gesundheitssystem ist an seine Grenzen gelangt, wir mussten Einschränkungen in unserer persönlichen Freiheit erfahren, Menschen in unserem Umfeld verloren ihre Arbeit, Menschen wurden krank, sind sogar gestorben an diesem Virus.

Nach einer grossen Welle der Solidarität im Frühling 2020 gingen schon bald die Ansichten darüber, wie mit der Pandemie umzugehen sei, weiter und weiter auseinander. Man konnte hören, wie von «Diktatur» gesprochen wurde, wenn Bundesrat und Parlament Massnahmen beschlossen haben. Den einen gingen die Massnahmen zu weit, für andere genügte sie nicht. Zwischen «Zero-Covid-Strategie» und «einfach laufenlassen» gab es natürlich auch unzählige Zwischentöne.

Zwei Mal hat die Schweizer Bevölkerung über die Covid-Massnahmen abstimmen können - von Diktatur also keine Spur! Trotzdem konnte man von Zwisten unter Freunden und Familien hören, die sich in Geimpfte und Ungeimpfte, in Massnahmen-Befürworter und Massnahmen-Gegner teilten.

Politikerinnen haben Morddrohungen erhalten, auf einschlägigen Social-Media-Kanälen wurde öffentlich zu Gewalt an unseren Bundesratsmitgliedern aufgerufen, auf einmal konnten sich diese nur noch mit Polizeischutz bewegen. Und das in unserem Land, wo man bis vor zwei Jahren mit der Bundesrätin im Tram einen Schwatz halten konnte! Der Ton wurde rauer, überall, die Nerven lagen bei vielen Menschen sehr schnell blank.

Meine Damen und Herren - diese Entwicklung hat mich am meisten beschäftigt. Es darf nicht sein, dass wir einander nicht mehr mit Respekt begegnen. Dass wir nicht mehr miteinander im Dialog sind.

«Das größte Problem in der Kommunikation ist, dass wir nicht zuhören, um zu verstehen. Wir hören zu, um zu antworten.»

Wir haben nicht einmal mehr zugehört, um zu antworten. Und das ist, was ich mir für unsere Gesellschaft wünsche: Dass wir einander wieder zuhören und versuchen, einander zu verstehen.

Und genau das wünsche ich mir auch in der Politik, und natürlich auch für unser Parlament: Lassen Sie uns einander zuhören, in der Sache hart, aber respektvoll miteinander diskutieren, um für unsere Gemeinde die besten Lösungen zu finden.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen eine gute Sitzung.

Ratspräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäss einberufen und vorschriftsgemäss publiziert worden ist.

1. Covid-Bestimmungen

- ① Im Tellsaal wird aufgrund der Entscheidung des Bundesrates vom 16. Februar 2022 auf ein «Schutzkonzept» und weitergehende Massnahmen verzichtet.
- ① Der Sitzplan inkl. der Zuschauerbereich wird für die nächste Sitzung angepasst.

2. Die parlamentarischen Vorstösse sind beim Saaleingang - am gekennzeichneten Tisch - zur Unterschrift aufzulegen, vor Sitzungsende der Ratspräsidentin zum Verlesen abzugeben und dem Ratssekretär in elektronischer Form (Worddatei) zur Weiterbearbeitung zuzustellen.

3. Beat von Burg, Assistent/Stab, unterstützt heute bereits den ganzen Tag den Ratssekretär und schaut ihm bei seinen Tätigkeiten über die Schultern.

4. Verlesen der Entschuldigungen seitens GGR: Feller Daniela, Wipfli Hans, Zivanovic Sandra und Zuber Cyrill. Von Seiten Gemeinderat hat sich Fredrich Bettina entschuldigt.

Ich bitte den Ratssekretär um Namensaufruf. Es sind **35 Ratsmitglieder** anwesend und der Grosse Gemeinderat ist beschlussfähig.

- ① Walter Zysset (SVP) - anstelle von Yannick Buchter - nimmt per 1.1.2022 im Parlament Einsitz. Wir heissen Walter Zysset im GGR herzlich willkommen.
- ① Hans Wipfli (SVP) per 28. Februar 2022 und Cédric Luyet (glp) per 30. April 2022 haben ihre Demissionen eingereicht.
- ① Auf den Tischen aufgelegt sind:
 - Adressliste GGR-Mitglieder ab 1.1.2022
 - 1 Sandwich als Zwischenverpflegung
- ① Heute werden im Auftrag des Schweiz. Fernsehen (SRF) Bildaufnahmen gemacht. Diese sind gemäss Artikel 11 kantonalen Informationsgesetz und Artikel 60 GO GGR zulässig. Sie dürfen den Ratsbetrieb nicht beeinträchtigen.
- ① Gestützt auf Artikel 33 der GO GGR nehmen diese Auskunftspersonen an der heutigen Sitzung teil:
 - Daniel Arn, Rechtsberater, zu Traktandum Nr. 79
 - Melania Rudin, Co Leiterin Winterthurer Studie, Büro BASS AG, zu Traktandum Nr. 81
- ① Die nächste GGR-Sitzung findet am **5. Mai 2022** statt.

Traktandenliste

Ratspräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Traktandum Nr. 83 - Orientierungen des Gemeinderates

- ① Parlamentarische Vorstösse; verspätete Beantwortungen
 - Motion für mehr bezahlbaren und gemeinnützigen Wohnraum in Ostermundigen; eingereicht 24.06.2021
Sprecher: Thomas Iten

- Postulat betreffend Prüfung der Fördermöglichkeiten für den Ausbau der Elektromobilität; eingereicht 23.09.2021
Sprecherin: Maya Weber Hadorn
- Interpellation betreffend sichere Wege zur Schulanlage Rothus; eingereicht 23.09.2021
Sprecherin: Aliko Panayides
- Motion betreffend Einführung von Deutschbons für Ausländer: innen in Ostermündigen; eingereicht 28.10.2021
Sprecherin: Aliko Panayides
- Motion betreffend Schaffung einer ständigen Integrationskommission Ostermündigen; eingereicht 28.10.2021
Sprecherin: Aliko Panayides
- Motion betreffend Schaffung einer Grundlage für die Einführung eines Ausländerantrages in Ostermündigen; eingereicht 28.10.2021
Sprecherin: Aliko Panayides
- Interpellation betreffend Plausibilisierungsfragen zur Finanzstrategie; eingereicht 28.10.2021
Sprecher: Erich Blaser

Zum Sitzungsablauf

Ratspräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Insgesamt sind 21 dringliche Vorstösse und Anträge eingereicht worden. Von der Gemeindeschreiberin wurde allen eine Liste per E-Mail zugestellt. Der Gemeinderat hat die Dringlichkeit bei allen parlamentarischen Vorstössen gewährt. Wir werden diese als dann vor der Beratung des Traktandums Nr. 79 beraten. Ich verzichte auf die Verlesung sämtlicher dringlicher Vorstösse.

Liegen Wortmeldungen zur Traktandenliste bzw. zum Vorgehen vor?

B e s c h l u s s :

Die Traktandenliste wird einstimmig genehmigt.

Axioma 988

100.3.10.03 Protokollgenehmigung

75. Protokoll der 5. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 28. Oktober 2021; Genehmigung

Ratspräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Das Parlament wurde mit Protokoll Nr. 5 dokumentiert. Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Der Grosse Gemeinderat fasst mit 33 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Das Protokoll Nr. 5 der GGR-Sitzung vom 28. Oktober 2021 wird genehmigt.

Axioma 988

100.3.10.03 Protokollgenehmigung

76. Protokoll der 6. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 2. Dezember 2021; Genehmigung

Ratspräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Das Parlament wurde mit Protokoll Nr. 6 dokumentiert. Liegen Wortmeldungen zum Protokoll vor?

Der Grosse Gemeinderat fasst mit 33 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Das Protokoll Nr. 6 der GGR-Sitzung vom 2. Dezember 2021 wird genehmigt.

Axioma 7042
10.6.03 Finanzkommission (FIKO)

77. Finanzkommission; Ersatzwahl

Ratspräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Auf Vorschlag der SVP-Fraktion fasst der Grosse Gemeinderat mit 33 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Auf Vorschlag der SVP-Fraktion wird Ernst Hirsiger (SVP) ab 1. März 2022 bis 31. Dezember 2024 als Mitglied der Finanzkommission gewählt.

Axioma 2182
10.6.06 Sozialkommission

78. Sozialkommission; Ersatzwahl

Ratspräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Auf Vorschlag der SVP-Fraktion fasst der Grosse Gemeinderat einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

Auf Vorschlag der SVP-Fraktion wird Walter Zysset (SVP) ab 1. März 2022 bis 31. Dezember 2024 als Mitglied der Sozialkommission gewählt.

Axioma 3453

10.13.91 Zusammenarbeitsformen

79. Kooperation Ostermundigen Bern; Fusionsverhandlungen; Strukturfragen; Berichterstattung und Beschlussfassung

Ratspräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Wir kommen zur Behandlung der dringlichen Vorstösse gemäss der vorhin erwähnten Liste von der Gemeindeschreiberin, Barbara Steudler.

Zuerst kann sich der Gemeinderat zur Ausgangslage äussern.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Der Gemeinderat hat sich in den letzten Tagen und Wochen sehr intensiv mit dem vorliegenden Geschäft befasst. Es ist uns wichtig, vor der Debatte und der Behandlung der eingegangenen parlamentarischen Vorstösse einige Informationen mitgeben zu können.

Die Ausgangslage ist der Entscheid des Grossen Gemeinderates vom 17. Dezember 2020 (**siehe Folie Nr. 1**). Der Gemeinderat verhandelt zur Zeit zusammen mit der Stadt Bern über eine mögliche Fusion der beiden Gemeinden Bern und Ostermundigen. Die Details können in der GGR-Botschaft nachgelesen werden.

Ziel des Gemeinderates ist es, ein guter Vertrag für die Bevölkerung von Ostermundigen, für die Vereine, für das Gewerbe und für die Wirtschaft zu erwirken. Den Entscheidgremien sollen die Vor- und Nachteile einer Fusion (in Fusionsreglement und Fusionsvertrag) detailliert aufgezeigt werden. Die Volksabstimmung soll im Jahr 2023 gefällt werden. Mit einer positiven Zustimmung soll die Fusion per 1.1.2025 stattfinden.

Folie Nr. 2

Ich möchte nochmals den Prozessablauf bzw. den Zeitplan erklären. In der Matrix werden die verschiedenen Entscheidungsmöglichkeiten abgebildet. Auf der ersten Zeile wird dargestellt, was passiert, wenn der GGR den vorliegenden Bericht zu den Eckwerten und Strukturfragen heute Abend ablehnt. Das hätte zur Folge, dass die Verhandlungen mit der Stadt Bern abgebrochen werden und das Projekt nicht mehr weiterverfolgt wird.

Auf der zweiten Zeile wird die "Variante Rückweisung des Berichts" mit konkreten und klaren Aufträgen an den Gemeinderat sowie in der rechten Spalte die Auswirkungen auf den zeitlichen Fahrplan abgebildet. Es könnte zu einem Projektabbruch führen.

Zu den verschiedenen parlamentarischen Vorstössen:

1. Eine Motion mit Weisungscharakter ist ein klarer Auftrag an den Gemeinderat. Der Gemeinderat müsste zurück an den Verhandlungstisch und die Auswirkungen zusammen mit dem Fusionspartner beraten. Wenn die Stadt Bern mit den überwiesenen, parlamentarischen Vorstössen nicht einverstanden ist, dann muss der Gemeinderat zurück in den GGR und mitteilen, dass die Vorschläge nicht umgesetzt werden können. Dies würde dazu führen, dass der GGR den Gemeinderat beauftragen muss, die Verhandlungen weiterzuführen oder allenfalls abzubrechen.

1. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 24. Februar 2022

2. Eine Motion mit Richtliniencharakter ist dann der Fall, wenn noch nicht behandelte Themen angesprochen werden (z. B. aus verschiedenen Aufgabenbereichen). Diese werden in die Verhandlungen integriert.
 3. Ein Postulat hat auf die Auswirkungen des Prozesses keinen Einfluss und ist unproblematisch. Ein Postulat ist ein Prüfauftrag.
- ① Wichtig ist, dass bei all diesen Varianten der Artikel 53 Absatz 4 der GO GGR zur Anwendung kommt.

Der Gemeinderat hat gestern Abend beschlossen, sämtlichen eingegangenen parlamentarischen Vorstösse die "Dringlichkeit" zu anerkennen.

- ① Zum Schluss: Der Prozess wurde gestern Abend entwickelt. Der Gemeinderat ist bereit, sämtliche parlamentarische Vorstösse entgegenzunehmen. Wir werden uns inhaltlich und politisch nicht dazu äussern. Der "Ball" liegt beim Parlament.

In den "Strukturfragen" müssen verschiedene Themen noch vertieft geprüft werden. Allfällige Beschlüsse des GGR von heute Abend werden in die weiteren Verhandlungen einfließen. Parallel dazu werden die Teilprojekte "Aufgaben", "Personal" und "Finanzen" bearbeitet. Die Teilprojekte wurden in der GGR-Botschaft nur am Rande erwähnt.

Fazit

Für den Gemeinderat ist klar, dass das Ziel "1.1.2025" und der Entscheid "Volksabstimmung 2023" mit einem weiteren Zwischenbericht im GGR bekannt gegeben wird. Der GGR ist für die Navigation des Geschäftes zuständig und muss deshalb in den Prozess miteinbezogen werden. An der GGR-Sitzung vom 17. Dezember 2020 hat das Parlament explizit gewünscht, dass der GGR in den Prozess eingebunden wird.

Ratspräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Zum weiteren Vorgehen:

- ① Die dringlichen Vorstösse werden nach Eingang beim Ratssektretär behandelt (siehe abgegebene Liste). Anschliessend wird das Traktandum Nr. 79 behandelt.

Ist der Grosse Gemeinderat mit diesem Vorgehen einverstanden? - Dies scheint der Fall zu sein.

Damit kommen wir zur ersten eingereichten dringlichen Motion von Rolf Rickenbach (FDP).

Rolf Rickenbach (FDP): Ich habe die

Dringliche, überparteiliche Motion: KOBe Ostermundigen Bern - vollwertiger Gemeinderat-Sitz während einer Übergangszeit von 4 bis 8 Jahren

Auftrag

Der Gemeinderat wird gestützt auf Artikel 51 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates und Bezug nehmend auf Absatz 2 (Weisung) wie folgt beauftragt:

Als dritten Punkt in den Antrag zum «Projekt Kooperation Ostermundigen Bern (KOBe); Fusionsverhandlungen; Strukturfragen; Berichterstattung und Beschlussfassung» ist aufzunehmen:

- 3. Der Grosse Gemeinderat beauftragt den Gemeinderat, bezüglich des Eckpunktes «Der Gemeinderat der fusionierten Gemeinde» das Modell 3 (siehe Kap. 3.3) in die Fusionsverhandlungen einzubringen.*

Begründung

Weiterhin ergeben sich Vorteile in einer Fusion mit der Stadt Bern, obschon eine der ursprünglichen Hauptmotivationen (unsere finanzielle Schieflage) an ultimativem Leidensdruck verloren hat. Gleichzeitig herrscht eine gewisse Verunsicherung, ob die Kooperation zwischen Ostermundigen und Bern effektiv auf Augenhöhe und mit der zwingend notwendigen gegenseitigen Wertschätzung und Akzeptanz vollzogen wird. Zwar hat der Stadtrat kürzlich an seiner diesbezüglichen Debatte gewisse kommunikative Missgeschicke seitens Berner Gemeinderat vom letzten Spätherbst korrigiert und uns positive Signale gesandt, auf denen sich aufbauen lässt.

Für die Wahrnehmung der Fusionsverhandlungen ist es für die Gemeinde Ostermundigen und die Einwohner wichtig, dass die Stadt Bern die Ostermündiger Anliegen auch wirklich ernst nimmt und bereit ist, auf die Anliegen des neuen Stadtteils insbesondere in einer Übergangszeit einzugehen.

Dieses Zeichen kann die Stadt Ostermundigen zusenden, indem sie in jenem Punkt, welcher bereits bei der Begleitgruppe Irritation bzw. Ablehnung auslöste, auf Ostermundigen zugeht und uns einen vollwertigen Gemeinderat-Sitz während einer Übergangszeit von 4 bis 8 Jahren zusteht oder durch andere geeignete Massnahmen eine vollwertige Vertretung im GR sicherstellt. Ohnehin fehlt im Antrag zu diesem Geschäft genau zu diesem Aspekt eine konkrete Aussage respektive ein konkreter Auftrag an den Gemeinderat.

Wir sind uns bewusst, dass wir damit auch ein gewisses Risiko eingehen, dass sich der Fusionszeitplan allenfalls etwas streckt. Andererseits schätzen wir ohne ein solches Zeichen des Entgegenkommens die Chance, dass das Fusionsprojekt bei einer Volksabstimmung schlussendlich angenommen werden könnte, als sehr gering ein, selbst wenn zu einem späteren Zeitpunkt der Mehrwert einer Fusion mit Bern für Ostermundigen transparent und nachvollziehbar aufgezeigt werden könnte.

sig. Rolf Rickenbach und Mitunterzeichnende

eingereicht.

Rolf Rickenbach (FDP): Vor vier Jahren haben wir unser Postulat zur "Zusammenarbeit über die Gemeindegrenze hinweg" eingereicht. Jetzt sind wir so weit, dass der Blick über die Grenzen mit der Stadt Bern fokussiert werden kann. Dieser Sachverhalt ist richtig so. Unsere Hauptmotivation für eine Fusion - die finanzielle Lage der Gemeinde Ostermundigen - ist heute nicht mehr ganz so dringend. Wir haben am Horizont einen Silberstreifen wahrgenommen. Die FDP, die Liberalen-Fraktion ist nach wie vor von den Vorteilen einer Fusion überzeugt. Wir werden dem Zwischenbericht zustimmen.

Über einen Punkt sind wir ins Stocken geraten: Aufgrund der Diskussionen in den letzten zwei Wochen sind wir alle beim gleichen Punkt hängen geblieben, d. h. der Gemeinderat oder der Integrationsbeauftragte Gemeinderat. Über die vielen konstruktiven Rückmeldungen möchte ich Euch allen bestens danken. Wir haben gemerkt, dass wir alle zusammen mit dem "Integrationsbeauftragten" bzw. deren Funktion nicht glücklich sind. Die Differenzen konnten bei der Verbindlichkeit der Forderungen festgestellt werden. Die Differenzen konnten möglicherweise in der Zwischenzeit bereinigt werden. Ich möchte bereits hier Christian Zeyer (SP) für seine Mithilfe bei der Formulierung bestens danken. Vielleicht können diese Formulierungen zu einem gemeinsamen Nenner führen.

Was hat sich in der überparteilichen Motion angepasst?

In der Überschrift steht nicht mehr "vollwertiges Gemeinderatsmitglied" sondern "*vollwertige Vertretung*". Und beim Beschluss steht:

3. *Der Grosse Gemeinderat beauftragt den Gemeinderat, bezüglich des Eckpunkte «Der Gemeinderat der fusionierten Gemeinde» das Modell 3 (siehe Kapitel 3.3) oder ein gleichwertiges Modell in die Fusionsverhandlungen einzubringen.*

Die Begründung wurde noch leicht angepasst. Die Formulierungen sollten jetzt eine konstruktive Art zulassen, wie der Gemeinderat von Ostermundigen auf den Gemeinderat der Stadt Bern zugehen kann.

Begründungen:

1. Warum eine Motion?

Eine Motion mit Weisungscharakter ist das richtige Instrument. Wir sind am Punkt angekommen, wo wir von der Stadt Bern ein Zeichen brauchen. Ein klares Zeichen: Jawohl, wir wollen eine "Fusion auf Augenhöhe" und keine Eingemeindung. Die Bestandessicherheit haben wir formuliert. Wir möchten das Gefühl spüren, dass wir ernst genommen werden.

Falls wir die Möglichkeit erhalten, für die Übergangszeit ein vollwertiges GR-Mitglied zu benennen, dann wird die Bestandessicherheit uns einen gewissen Rückhalt geben. Das Ganze kann nicht als 100-prozentige Sache angesehen werden. Das hätte bestimmt aber Symbolcharakter für alles bis hin zur Volksabstimmung.

2. Die Rolle des Integrationsbeauftragten?

Seine Funktion ist uns noch weitgehend unklar. Wie sehen seine Kompetenzen aus? Wir sind der Auffassung, dass ein vollwertiges Mitglied gerechtfertigt ist. Dieses Mitglied kann mitreden und mitentscheiden (wie alle andern auch).

3. Sind unsere Forderungen aus dem "Tierbuch"?

Nein, wir glauben es nicht. Gleichzeitig ist es eine Forderung, welche nicht für die nächsten 99 Jahre gilt. Wir sprechen von einer "Übergangszeit". Unsere Forderungen decken

sich mit der Stadtratsdebatte (Forderung von 5 auf neu 7 GR-Mitglieder). Es handelt sich nicht um eine diametrale Forderung.

4. Risikoanalyse

Welche Gefahren liegen für die Stadt Bern bei einer Umsetzung vor? Grundsätzlich liegen aus unserem Blickwinkel für die Stadt Bern keine vor. Klar wird der Gemeinderat eine nicht einfache Zeitspanne durchleben müssen. Doch diese Phase sollte als Chance (und nicht als Risiko) genutzt werden. Unter Politik verstehen wir, unter Kompromissen aufeinander zuzugehen, um gemeinsame Lösungen zu finden.

5. Gefahr für die Gemeinde Ostermundigen bei einer Überweisung der Motion

Übungs- resp. Projektabbruch? Jein - sollte die Motion verbindlich (mit Weisungscharakter) überwiesen werden, und unser Gemeinderat in den Verhandlungen mit der Stadt Bern scheitern, wird das Geschäft in jedem Fall nochmals dem Grossen Gemeinderat zur Debatte vorgelegt. Als dann können wir über eine Fusion entscheiden. Zuhanden der Volksabstimmung müssen die Vor- und Nachteile sowie der Mehrwert klar verständlich aufgezeigt werden.

Ich bitte die Anwesenden Ratsmitglieder, die vorliegende überparteiliche Motion als gemeinsames Anliegen zu unterstützen - besten Dank.

Matthias Kuert (SP): Ich habe ein

Dringliches Postulat SP/Gewerkschaften-Fraktion

Wortlaut

Vor dem Hintergrund der Bestrebungen, den Berner Gemeinderat parallel zur Fusion auf sieben Mitglieder aufzustocken, wird der Gemeinderat gebeten, neue Modelle für ein vollwertiges Ostermundiger Mitglied während einer Übergangszeit im Gemeinderat der fusionierten Stadt Bern zu prüfen und in die Verhandlungen einzubringen. Mindestens eine solche Variante soll in den Vernehmlassungsunterlagen zur Diskussion gestellt werden.

Begründung

Aus verschiedenen Kreisen in Ostermundigen wird das Bedürfnis nach einem vollwertigen Gemeinderatsmitglied aus Ostermundigen für eine Übergangszeit im fusionierten Bern geäussert. Gleichzeitig hat der Berner Stadtrat am 27. Januar 2022 die folgende Planungserklärung (Planungserklärung 2, zugestellt an alle Ostermundiger Parlamentsmitglieder am 8.2.2022) überwiesen:

- 1. Der Gemeinderat wird beauftragt, die Aufstockung des Gemeinderats auf sieben Mitglieder parallel zur Fusion vorzusehen. Diese ist mit der fusionsbedingten Zusammenführung der Verwaltungen zu koordinieren, um Doppelspurigkeiten zu vermeiden.*
- 2. Für die zeitliche Umsetzung der Erhöhung auf 7 Mitglieder wird der Gemeinderat beauftragt verschiedene Varianten auszuarbeiten (0 bis maximal 4 Jahre nach dem Fusionszeitpunkt), welche die Interessen von Ostermundigen angemessen berücksichtigen.*

3. *Die Varianten sind gemeinsam mit der Gemeinde Ostermundigen auszuarbeiten bzw. zu verhandeln und sind spätestens mit und als Bestandteil des Fusionsvertrags der AKO und dem Stadtrat vorzulegen.*

Das zeigt: Auch Bern will die Interessen von Ostermundigen berücksichtigen. Der Ball des Berner Stadtrats soll mit diesem Postulat aufgenommen werden.

Das bisher vorgeschlagene Modell des/der Fusionsbeauftragten geht von einem Fünfergemeinderat aus. Mit der vom Stadtrat angestossenen Erhöhung auf sieben Gemeinderatsmitglieder ergeben sich allenfalls neue Möglichkeiten, dem Ostermundiger Bedürfnis nach einem reservierten Übergangssitz im Gemeinderat gerecht zu werden. In diesem Postulat wird absichtlich kein fixes Modell gefordert. Die verschiedenen sich mit einem Siebner Gremium zusätzlich ergebenden Möglichkeiten sollen ergebnisoffen geprüft werden. Mindestens eine Variante soll von den Projektgremien ausgearbeitet und in den Vernehmlassungsunterlagen zur Diskussion gestellt werden.

Entscheidend wird bei der Volksabstimmung das Gesamtpaket sein, welches im Fusionsvertrag vorgelegt wird und nicht eine einzelne Strukturfrage. Deshalb sollen die verhandelnden Exekutiven hier auch einen gewissen Handlungsspielraum haben.

Erstunterzeichner: Matthias Kuert (SP)

eingereicht.

Matthias Kuert (SP): Ich spreche nun im Namen der Fraktion SP Grüne Gewerkschaften. Ich werde später als Präsident der Begleitgruppe noch ein paar Worte zum Mitbericht sagen, der in der Botschaft in Kapitel 6 nachgelesen werden kann.

Ich möchte im Namen der Fraktion dem Gemeinderat für die vorliegende Botschaft, für die geführten bisherigen Verhandlungen und überhaupt für die viele Arbeit im Zusammenhang mit der Fusion danken.

Wir stehen heute an einem wichtigen Ort. Wir können als Parlament zum bisherigen Stand des Fusionsprozesses Stellung nehmen. Der Berner Stadtrat hat dies Ende Januar bereits getan. Die Debatte war aus unserer Sicht erfreulich. Man konnte feststellen: Die Anliegen Ostermundigens werden ernst genommen, das wurde oft betont. Es war viel von Augenhöhe die Rede. Auch sonst stellen wir fest, dass die Zusammenarbeit an Fahrt gewinnt, nachdem sie letztes Jahr etwas gestockt hat. Geplante Partizipationsanlässe nehmen Form an, verschiedene Gremien treffen sich gemeindeübergreifend. Das ist das Wichtigste in den kommenden anderthalb Jahren, dass nun auch die Bevölkerung, aber auch verschiedenste gesellschaftliche Gruppen in die Diskussion breit einbezogen werden (Vereine, Gewerbe, ausländische Bevölkerung).

Wenn wir heute vor allem über die Strukturfragen diskutieren, darüber ob Ostermundigen in einer Übergangszeit ein vollwertiges Gemeinderatsmitglied haben soll und wie die Stadtteilkommission aussehen soll, dürfen wir das grosse Ganze nicht aus den Augen verlieren:

- Wofür machen wir diese Fusion? Die Fusion braucht es, um die Herausforderungen von morgen – in 10 bis 20 Jahren – besser gemeinsam bewältigen zu können (Infrastruktur, Verkehr, Alters- und Jugendbereich, Raumplanung, Schule, Kinderbetreuung, Digitale

Dienstleistungen). Und dass die Gemeinde genügend Ressourcen und Mittel zur Verfügung hat, um den Bewohner:innen gute, zeitgemässe Dienstleistungen anzubieten. Kurz: Einen guten Service Public. Es geht nicht in erster Linie darum, ob wir ab 2025 ein Steuerzehntel weniger bezahlen, auch wenn das natürlich hilft.

- Wenn wir der Bevölkerung hoffentlich nächstes Jahr einen Fusionsvertrag zur Abstimmung vorlegen, wird dies immer ein Gesamtpaket sein, hinter dem wir stehen müssen, welches insgesamt für Ostermundigen in absehbarer Frist positiv ist.
- Entscheidender als die heutige Strukturdiskussion um Übergangsbestimmungen wird für die Bevölkerung schlussendlich sein, ob sie das Gefühl hat, bessere Dienstleistungen zu bekommen. Es geht also um die konkrete Aufgabenerfüllung. Diese ist noch nicht fertig verhandelt. Genauso wie die Teilprojekte Finanzen und Personal noch nicht fertig sind. Wir sollten also heute immer diese Gesamtbetrachtung machen und kein voreiliges Fazit ziehen.

① Nun komme ich zu den Strukturfragen:

Ich fange mit der Stadtteilkommission an, weil diese im Gegensatz zu den anderen Punkten nicht einfach als Übergangsregelung zu diskutieren ist.

In der Form, wie die Motion der FDP.Die Liberalen-Fraktion vorliegt, können wir dieser Motion nicht zustimmen.

Ich stelle jedoch den **Ordnungsantrag**, dass wir zuerst über sämtliche Vorstösse beraten und im Anschluss abstimmen werden.

Christian Zeyer (SP): Ich habe der Motion der FDP.Die Liberalen-Fraktion versucht zu helfen und die "scharfen Zähne" in der Formulierung ein wenig abgeschliffen. Ich möchte vom Gemeinderat noch Auskunft über die Bedeutung der einzelnen Formulierungen erhalten. Im Bericht wird erwähnt, dass der Gemeinderat von Ostermundigen sich mit der Stadt Bern auf das Modell 1 a geeinigt hat.

Wenn wir jetzt ein Postulat einreichen, welches nichts bewegt, ist dieses Papier sinnlos. Ist der Gemeinderat der Auffassung, dass die Verhandlungen über die verschiedenen Modelle abgeschlossen sind? Als dann ist die Einreichung eines Postulats wertlos und bringt uns keinen Schritt vorwärts.

→ Zu diesem Sachverhalt möchte ich vom Gemeindepräsidenten noch Erklärungen vernehmen.

Stimmenzähler Markus Truog (SVP): Die SVP-Fraktion hat genau ein gleiches Anliegen mittels **Ergänzungsantrag** formuliert (siehe in der Liste Nr. 6).

Neue Beschlusseziffer Nr. 3:

3. *Der Grosse Gemeinderat beschliesst bezüglich des Eckwertes "Gemeinderat der fusionierten Gemeinde" das Modell 3 (siehe Kapitel 3.3) in den Fusionsverhandlungen mit der Stadt Bern einzubringen.*

Begründung:

Der Gemeinderat der fusionierten Gemeinde muss während einer Übergangszeit von mindestens einer Legislatur aus 5 Mitgliedern plus ein zusätzliches Mitglied aus Ostermundigen bestehen. Nur so ist gewährleistet, dass Ostermundigen sich in der weiteren Umsetzung der Fusion möglichst gleichwertig einbringen kann und vollwertiges Mitspracherecht hat. Eine «integrationsdelegierte» oder «fusionsbeauftragte» Person ohne Stimmrecht genügt aus Sicht der SVP-Fraktion absolut nicht.

Hinweis:

Die SVP-Fraktion hat die erwähnte überparteiliche Motion mitunterzeichnet. Wenn die Motion wie gewünscht erheblich erklärt wird, werden wir den Ergänzungsantrag zurückziehen.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Der Gemeinderat hat erst gestern Abend die 21 verschiedenen Vorstösse gesichtet. Wenn der Grosse Gemeinderat (GGR) dem Gemeinderat die Weisung erteilt, wird der Gemeinderat zurück an den Verhandlungstisch gehen (--> Auftrag des Parlaments). Wir möchten anschliessend bis spätestens am 30. Juni 2022 dem GGR eine Rückmeldung geben (in Form eines weiteren Zwischenberichtes). Dieser Schritt bedingt jedoch eine "Weisung" in Form einer Motion mit Richtliniencharakter. Die Form eines Postulats löst einen Prüfauftrag aus.

① Grundsatz des Gemeinderates generell zum Projekt:

Wir wollen den Zeitplan einhalten können. Der Gemeinderat ist gewillt, den GGR aktiv in den Prozess miteinzubeziehen, so wie es am 17. Dezember 2020 abgemacht worden ist.

Oliver Tamàs (gfp): Die gfp-Fraktion hat sich ausführlich mit der Vorlage beschäftigt. Wir haben mit den meisten Parteien gesprochen und alle Argumente gegeneinander abgewogen. Bereits die grosse Anzahl von Vorstößen, die heute Abend behandelt werden, zeigt das hohe Interesse an den laufenden Fusionsverhandlungen, aber auch die Skepsis gegenüber den Verhandlungspartnern. Viele Anliegen sind auf den ersten Blick berechtigt - trotzdem kommen wir nach längeren Diskussionen zum Fazit: bewahren wir Ruhe, versuchen wir die Emotionen ein wenig rauszunehmen.

Jetzt hat sich die Situation verändert: Ich bin durch die vorangehenden Voten verwirrt. Wir sind bei allen Diskussionen davon ausgegangen, dass eine Motion mit Weisungscharakter zum Projektabbruch führt. Wenn dies nun doch nicht der Fall sein sollte, verändert sich die Ausgangslage gegenüber der eingeblendeten Folie Nr. 2.

Denn wir sind aktuell erst beim ersten Teilprojekt und innerhalb dessen beim allerersten Verhandlungsobjekt angelangt, nämlich der Zusammensetzung der Exekutive. Bereits gehen die Emotionen hoch, 21 Vorstösse wurden eingereicht, die Stimmung ist aufgeladen und diverse Parteien nehmen einen Abbruch der Gespräche und somit der Weiterverhandlungen mit Bern bewusst in Kauf.

Die gfp-Fraktion schaut das Geschäft nüchtern an und behält das übergeordnete Ziel vor Augen. Wir wollen möglichst lange mit der Stadt Bern in Richtung Fusion weiterverhandeln. Dabei müssen alle Themen auf den Tisch kommen und in einer Gesamtvorlage dem Parlament

und, noch viel wichtiger, der Bevölkerung vorgelegt werden. Dies erfordert der demokratische Prozess. Es gilt, die Bevölkerung einzubeziehen und wir werden alles daransetzen, dass am Schluss die Stimmberechtigten von Ostermundigen und von Bern über die Fusion abstimmen und entscheiden können.

Die glp-Fraktion geht nach wie vor davon aus, dass eine Fusion sowohl für die Stadt als auch für unsere Gemeinde Vorteile bringen wird. Es ist aber auch klar, dass eine Fusion diverse Veränderungen bringen wird und damit auch gewisse Nachteile in Kauf genommen werden müssen. Darüber sollen letztendlich die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger entscheiden.

Um den Verhandlungsprozess nicht zu gefährden, werden wir weder die zahlreichen Motionen noch das Postulat zu bereits verhandelten Punkten unterstützen. Wir sind zum jetzigen Zeitpunkt nicht bereit, die Verhandlungen resp. der Fusionsprozess zu gefährden. Es werden noch viele relevante Themen zur Diskussion und zur Genehmigung in den GGR kommen. Lasst uns ergebnisoffen und lösungsorientiert den Fusionsprozess begleiten. Geben wir dem Gemeinderat und uns die Chance, einen für alle Seiten mehrheitsfähigen Fusionsvertrag zu erarbeiten.

Unser Standpunkt ist somit: Dem Antrag des Gemeinderates auf Genehmigung des Berichtes kann stattgegeben werden. Die Fusionsverhandlungen sollen ihren Fortgang nehmen.

Erlaubt sei mir noch folgende Frage: Was passiert nun effektiv mit dringlichen Motionen mit Weisungscharakter?

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Motionen mit Weisungscharakter beauftragen den Gemeinderat, die Verhandlungen mit der Stadt Bern zu führen. Wenn der Gemeinderat der Stadt Bern nicht einlenken will, muss dieses Resultat dem Grossen Gemeinderat (GGR) von Ostermundigen eröffnet werden. Der GGR entscheidet als dann über das weitere Vorgehen des Projektes.

Der Gemeinderat ist gewillt, den Dialog mit dem GGR zu führen. Die notwendigen Informationen stehen jedoch nicht immer zeitnah zur Verfügung. Dem Gemeinderat ist es wichtig, dass der Zeitplan eingehalten werden kann.

Christian Zeyer (SP): Die Verhandlungen zur Struktur sind abgeschlossen? Kann diese Frage mit Ja beantwortet werden?

Wenn ein Postulat eingereicht wird, dann macht der Gemeinderat nichts? - Die Verhandlungen sind abgeschlossen und können nicht wieder geführt werden. Dieser wichtige Sachverhalt gilt es zu verstehen!

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Die Verhandlungen zur Strukturfrage sind auf drei Elemente aufgeteilt.

- Element der Exekutive (die Verhandlungen sind abgeschlossen);
- Strukturfrage der Legislative (der Gemeinderat hat einen Modellvorschlag verabschiedet. Er schlägt das Modell 1 vor und
- die Stadtteilkommission/-partizipation (siehe Botschaft Seiten 8 und 9) schlägt dem Gemeinderat das Modell 3 zur Prüfung vor.

Der GGR kann den Gemeinderat beauftragen, die Verhandlungen mit der Stadt Bern wieder aufzunehmen - in Form einer Motion mit Weisungscharakter. Die Verhandlungsergebnisse müssten am 5. Mai oder 23. Juni 2022 dem Parlament bekannt gegeben werden.

Myriam Zürcher (EVP): Auch die EVP-Fraktion kann nicht ohne Bedingungen einer Fusion zustimmen. Wir haben ebenfalls eine

dringliche Motion

Wortlaut

In den Antrag zum «Projekt Kooperation Ostermundigen Bern (KOB); Fusionsverhandlungen; Strukturfragen; Berichterstattung und Beschlussfassung» ist als dritten Punkt aufzunehmen:

- 3. der neue Stadtteil der Stadt Bern, nämlich Ostermundigen, erhält während einer Übergangszeit von 4-8 Jahren bei den die Fusion betreffenden Themen ein stimmberechtigtes Gemeinderatsmitglied.*

Begründung

Ein Ziel des Projekts „Kooperation Bern“ ist eine FUSION von Bern mit Ostermundigen, und nicht eine Eingemeindung. Auch mit dem von der Anzahl Stimmberechtigten und Bewohnern her kleineren Partner muss auf Augenhöhe gearbeitet und verhandelt werden. Dazu braucht Ostermundigen eine fusionsbeauftragte Person, welche im Gemeinderat für mindestens eine Legislatur bei allen fusionsrelevanten Themen stimmberechtigt ist, und nicht nur eine beratende Stimme hat.

zum Thema eingereicht.

Myriam Zürcher (EVP): Der Wortlaut ist fast identisch mit dem Wortlaut der FDP-Fraktion. Wir werden deshalb nach der Behandlung die Motion zurückziehen. Wir haben die Motion der FDP. Die Liberalen-Fraktion mitunterzeichnet.

Christian Zeyer (SP): Ich möchte die Sache richtig verstehen können. Das ist für mich eine ganz entscheidende Geschichte. Ich beziehe mich auf die parlamentarischen Vorstösse Nr. 1 und 2.

Die Vorstösse Nr. 1 + 2 beziehen sich ausschliesslich auf die Exekutive. Die Verhandlungen betreffend die Strukturen der Exekutive sind abgeschlossen. D. h., wenn wir heute Abend ein Postulat einreichen, dann machen wir nichts. Denn ein Postulat ist keine Weisung. Der Gemeinderat sagt, es tut uns leid, das Postulat wurde zu spät eingereicht. Stimmt dieser Sachverhalt?

Zu dieser Frage haben wir ein klares JA vernommen. Die Verhandlungen sind abgeschlossen. Erst wenn der GGR einen klaren Auftrag formuliert, ist der Gemeinderat gewillt, die Verhandlungen wieder aufzunehmen. Ein Postulat ist kein Auftrag an den Gemeinderat, etwas zu tun - sondern nur etwas zu prüfen.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Nur ein Prüfauftrag ist eine Willensäusserung seitens des GGR. Mit einer "Weisung" wird der Prüfauftrag unterstrichen: Es ist ein anderes Signal aus dem GGR.

Rolf Rickenbach (FDP): Zur Motion der FDP. Die Liberalen-Fraktion: Ja ich bin der Verursacher und habe den Text verfasst. Wichtig ist aber: Es ist ein überparteilicher Vorstoss. Ich bin sehr froh, dass dieser sehr breit abgestützt ist.

Ich habe vorhin den "Symbolcharakter" erwähnt. Wir brauchen ein Zeichen von der Stadt Bern: "Jawohl wir wollen!" - Wir wollen nicht nur so wie Ostermundigen will, sondern wir wollen miteinander. Und ein Postulat ist ein Prüfauftrag. Dazu möchte ich eine Antwort und die Antwort muss im Mai erfolgen! Ich hoffe, dass wir im Mai positive Signale - "ja, wir wollen; super, das Geschäft läuft weiter" - vernehmen werden. Dann bin ich davon überzeugt, dass wir den richtigen Weg eingeschlagen haben. Dann werden bestimmt auch die nächsten Punkte zu einem positiven Abschluss führen. Ich bin Optimist und glaube, dass dies so funktionieren wird. Doch diesbezüglich möchte ich von Seiten Gemeinderat etwas hören.

Gebt uns allen, gebt dem Gemeinderat und der Stadt die Möglichkeit, dass einzuholen - besten Dank.

Dorothea Züllig von Allmen (glp): Ich habe einige Fragen an den Gemeindepräsidenten sowie eine Replik an Rolf Rickenbach (FDP):

- Wir brauchen ein Zeichen von Bern zum jetzigen Zeitpunkt. Mit dieser Aussage wird bereits ziemlich viel zusammengefasst. Wir stehen heute immer noch am Anfang der Verhandlungen. Wir haben bereits wichtige Punkte - weitere wichtige Punkte werden folgen - besprochen. Doch wir brauchen bereits jetzt ein Zeichen von Bern. Brauchen wir das Zeichen bereits mit dem heutigen Verhandlungspunkt oder wie laufen die Verhandlungen mit der Stadt Bern? Wir müssen uns heute noch nicht einig werden. Es werden weitere Verhandlungspunkte in die Diskussion einfließen. Es ist ein stetiges Geben und Nehmen. Wie sehen die Einschätzungen des Gemeinderates dazu aus?
- Für mich ein weiterer wichtiger Punkt: Wollen wir eine Linie ziehen? Oder wollen wir die Verhandlungen beenden?
- Immer noch unklar sind für mich die "Motion mit Weisungs- und Richtliniencharakter". Mit "Weisungscharakter" scheint das stärkere politische Instrument zu sein. Doch eine solche Motion wird zum Verhandlungsabbruch führen (wahrscheinlich von Seiten Bern). Wie kommt der Sinneswandel mit der Stadt Bern, erneute Verhandlungen aufzunehmen?

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Ich kann heute Abend die Verhandlungsphasen nicht vorhersagen. Wir haben einen breiten Katalog an Themen zu bearbeiten. An der GGR-Sitzung vom 17. Dezember 2020 wurden die Themen bekannt gegeben. Effektiv ist die Ausgangslage speziell. Der Gemeinderat hat die parlamentarischen Vorstösse zur Kenntnis genommen und gespürt, dass es dem GGR ein grosses Anliegen ist, die Strukturfragen nochmals zu diskutieren.

Wir können nicht so weiterfahren und in einem halben Jahr nochmals diese Punkte aufrollen. Die Strukturfrage kann nicht erst dann diskutiert werden, wenn die Verhandlungen abgeschlossen sind. Wir befinden uns in einem engen Zeitkorsett und es könnte dann zu spät sein, auf weitere Fragen zurückzukommen. Wir sind jedoch immer noch überzeugt, den GGR in die Verhandlungen miteinzubeziehen. Der Gemeinderat kann keinen fixfertigen Fusionsvertrag dem GGR vorlegen und erst nachträglich die Wünsche des GGR berücksichtigen. Das Ganze ist eine Ostermündiger Spezialität.

Wenn wir heute Abend alle Punkte aufnehmen und die finale Version der Fusionsvorlage (inkl. Fusionsvertrag und -reglement) erarbeitet haben, dann kann der GGR zum Geschäft nur noch Ja oder Nein sagen. Erlaubt mir am Beispiel der "Tramabstimmung" die Sachlage zu erklären. Wir werden am Schluss ein fixfertiges "Päckli" erarbeitet haben. Als dann kann keine Gemeinde im Stadtrat oder im GGR sagen, hier und dort hätten noch einige Anpassungen vorgenommen werden müssen. Es gibt dann nur noch Ja oder Nein. Dem Gemeinderat ist es wichtig, dass wir die Brücke aus den vorliegenden politischen Vorstössen heute schlagen und die Diskussion jetzt vornehmen.

Yves Jordi (Die Mitte): Nach Einschätzung der Mitte-Fraktion ist die Bevölkerung von Ostermundigen grundsätzlich für eine Fusion zu gewinnen. Dazu muss der Bevölkerung von Ostermundigen jedoch aufgezeigt werden können, dass die Interessen von Ostermundigen auch künftig gewahrt werden. Neben der aktuell angedachten Stadtteil-Kommission kann die Stadt Bern, durch ein zusätzliches Mitglied im Gemeinderat während einer Übergangszeit, der Bevölkerung von Ostermundigen ein klares Signal senden, dass ihre Anliegen ernst genommen werden.

→ Wir unterstützen die überparteiliche Motion.

Sandra Löhner (Die Mitte): Yves Jordi hat bereits das Wichtigste erwähnt. Ich möchte noch auf das Votum des Gemeindepräsidenten Bezug nehmen:

Es ist wichtig, den Fokus auf den Punkt zu richten, welcher uns besonders am Herzen liegt - in welcher Form auch immer. Wir sind ja grundsätzlich alle der gleichen Meinung. Jetzt ist noch der Zeitpunkt, die Strukturfrage anzugehen. Wenn wir erst später tätig werden, kann der eng abgesteckte Zeitplan bestimmt nicht mehr eingehalten werden.

Jorgo Ananiadis (Piraten): Besten Dank allen Parteien und Fraktionen für die guten Vorarbeiten mit den eingereichten parlamentarischen Vorstössen. Ich als "Kleinpartei" kann davon profitieren. Alle haben gemischte Gefühle was die Fortsetzung des Geschäftes anbelangt. Ich habe bereits vielfach das Wort "Fusion" gehört. Fakt ist, dass die Stadt Bern das Geschäft als "Eingemeindung" versteht. Eine Eingemeindung muss verhindert und eine Fusion vorangetrieben werden. Dazu müssen wir gewisse Motionen unterstützen. Dem Stimmvolk soll eine allseits befriedigende Abstimmungsbotschaft vorgelegt werden.

In diesem Sinne kennt die Gemeinde Ostermundigen nicht denselben finanziellen Leidensbedarf wie die Stadt Bern. D. h. wir müssen nicht in Folge des Steuersatzes fusionieren. Die parlamentarischen Vorstösse im Sinne der Bevölkerung, des Gewerbes, der Minderheiten von Ostermundigen etc. sind unterstützenswert.

Matthias Kuert (SP): Um die Ausgangslage noch besser zu verstehen: In der Stadt Bern liegt diese Frage auch auf dem Tisch. Es wurde eine Planungserklärung überwiesen, welche wir in unserem Postulat aufgenommen haben. Es werden Überlegungen vorgenommen, den zukünftigen Gemeinderat auf sieben Mitglieder zu erhöhen, welcher die Interessen der Gemeinde Ostermundigen angemessen berücksichtigt.

Erlaubt mir, das Postulat vorzustellen: In den Vernehmlassungsunterlagen sollte mindestens eine Variante mit einem vollwertigen GR-Mitglied zur Verfügung stehen. Wir dürfen uns nicht zu fest auf ein Modell festlegen.

① Zu 3.3 Gemeinderat der fusionierten Gemeinde

Es geht um die Übergangsregelungen!

Auch wenn wir die Gründe für das gewählte Modell einer fusionsbeauftragten Person nachvollziehen können und die Anknüpfung an die Stadtteilkommission grundsätzlich gut finden, stellen wir fest, dass es in Ostermundigen ein starkes Bedürfnis nach einer vollwertigen Vertretung während der Übergangszeit im neuen Gemeinderat gibt. Wir werden deshalb ein Postulat zur Diskussion stellen, hier nochmals andere Modelle zu prüfen. Auch wenn es sich nur um eine Übergangszeit handelt, ist es wichtig, dass sich die Ostermundiger Bevölkerung in dieser Zeit gut vertreten fühlt. Es wird ja auch noch andere Vorstösse zu diesem Thema geben. Wichtig dabei finden wir, dass wir uns nicht auf ein einzig richtiges Modell (nämlich 5+1) versteifen, sondern die Frage nochmals ergebnisoffen prüfen. In der Stadt läuft ohnehin die Diskussion 7 statt 5 Gemeinderäte. Diese Diskussion überlassen wir der Stadt. Gleichzeitig ergeben sich dadurch allenfalls neue Möglichkeiten für einen Ostermundiger Übergangssitz. Wir sollten wie erwähnt das grosse Ganze im Auge behalten und nicht voreilig rote Linie ziehen.

Es ist unsere Aufgabe, der Stadt Bern ein klares Signal abzugeben und dies werden wir mit einer Motion oder auch Postulat tun. Wir müssen uns auch überlegen, welche Diskussionen wir im Mai 2022 führen wollen. Die Fragen und wichtigen Punkte dürfen nicht in einem Scherbenhaufen enden.

Christian Zeyer (SP): Es liegt ein gewisser Diskussionsbedarf vor. Ich schlage ein «Time Out» vor.

Ratspräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Besten Dank für den Vorschlag. Wir machen eine kurze Pause bis um 19.20 Uhr.

- - - - - P a u s e - - - - -

Ratspräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Ich bitte euch, wieder Platz zu nehmen - wir wollen mit der Sitzung fortfahren.

Rolf Rickenbach (FDP): Ich möchte den Auftrag der überparteilichen Motion leicht modifizieren. Ich verlese den korrigierten Text der Beschlusseziffer Nr. 3:

3. *Der Grosse Gemeinderat beauftragt den Gemeinderat, bezüglich des Eckpunktes «Der Gemeinderat der fusionierten Gemeinde» ein Modell mit einer vollwertigen Vertretung in die Fusionsverhandlungen einzubringen.*

Ich bitte euch, diesem Vorschlag zuzustimmen.

Adrian Tanner (Grüne): Zuerst möchte ich meiner präsidialen Nachfolgerin ein gutes Präsidialjahr wünschen. Besten Dank für deine Worte zur aktuellen Situation in der Ukraine.

Es wurde erwähnt, dass eine "Motion mit Weisungscharakter" vom Gemeinderat in die Verhandlungen mitgenommen werden. Bereits bis im Mai 2022 sollen wir mit einer Antwort bedient werden. Als dann werden wir entscheiden können, ob wir den Prozess weiterführen wollen oder nicht. Auch aus meiner Sicht gibt es klar formulierte Anliegen, welche in die Verhandlungen mitgegeben werden sollten. Diese Anliegen dürfen jedoch nicht zu einem Abbruch der Verhandlungen führen.

Wie sollen die Vorstösse formuliert werden, damit der Gemeinderat diese in die Verhandlungen mitnehmen kann? Eine Antwort muss nicht zwingend bereits im Mai 2022 erfolgen; diese könnte auch zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Ob bereits im Mai 2022 oder im Juni 2022 das Geschäft erneut im GGR beraten wird, bleibt offen. Bis Ende zweites Quartal möchte der Gemeinderat seine Rückmeldungen abgeben. Die sehr intensiven Diskussionen in der Pause möchte ich nicht wiedergeben. Für den Gemeinderat ist es wichtig, dass der GGR im Prozess eingebunden ist. Der GGR muss an den Stellschrauben drehen können. Die Gesamtperspektiven inkl. aller Vor- und Nachteile sollen aufgezeigt werden können. Mit einem weiteren Zwischenbericht kann noch nicht die Grundsatzfrage gestellt werden. Diese kann erst erfolgen, wenn alle Grundlagen auf dem Tisch liegen - wenn die Partizipationsgefässe alle genutzt wurden. Es gibt eine Vernehmlassung und erst dann liegen alle Akten bereit.

Die heutige Diskussion ist sehr wichtig für den weiteren Prozessablauf. Es wäre falsch, wenn alle Fragen und Inputs erst am Schluss behandelt werden. Vielleicht hätten wir bereits früher die Inputs abholen sollen, doch der Zeitplan ist festgeschrieben.

Matthias Kuert (SP): Wichtig ist, dass das Ganze nochmals am runden Tisch angeschaut wird. Ich nehme zur Kenntnis, dass die Verhandlungen für den vorliegenden Bereich abgeschlossen sind. Wir alle haben das Anliegen, dass die Strukturfragen nochmals überprüft werden. Wenn dies der Sinn und Zweck der überparteilichen Motion ist, werden wir diese ebenfalls unterstützen.

Es darf kein Grund sein, an diesem Punkt den Verhandlungsabbruch herbeizuführen. Der Charakter eines Postulates "die Strukturfragen zu prüfen", wenn wir das in dieser Form überweisen, da sonst die Verhandlungen abgeschlossen sind, dann habe ich kein Veto anzubringen. In diesem Fall möchte ich die Abstimmung abwarten. Erst danach werde ich mich entscheiden, eventuell das Postulat zurückzuziehen.

Es macht Sinn, alle Vorstösse zum gleichen Thema miteinander zu behandeln. Es betrifft dies die Vorstösse Nr. 1, 2, 3 und 6 - das wäre mein **Ordnungsantrag**.

Ratspräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Vom Vorredner wurde folgender Ordnungsantrag gestellt:

Auf der abgegebenen Liste "Anträge und parlamentarische Vorstösse" ist über die Nummern 1, 2, 3 und 6 zuerst zu diskutieren und anschliessend abzustimmen.

A b s t i m m u n g

Der Ordnungsantrag von Matthias Kuert (SP) wird mit 34 zu 0 Stimmen angenommen.

Ratspräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Damit werden wir nun über den zweiten dringlichen Vorstoss (Dringliches Postulat SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion) die Diskussion führen.

Matthias Kuert (SP): Ich möchte nochmals kurz den Inhalt wiedergeben:

Wortlaut

Vor dem Hintergrund der Bestrebungen, den Berner Gemeinderat parallel zur Fusion auf sieben Mitglieder aufzustocken, wird der Gemeinderat gebeten, neue Modelle für ein vollwertiges Ostermundiger Mitglied während einer Übergangszeit im Gemeinderat der fusionierten Stadt Bern zu prüfen und in die Verhandlungen einzubringen. Mindestens eine solche Variante soll in den Vernehmlassungsunterlagen zur Diskussion gestellt werden.

Uns geht es primär darum, dass das nochmals ergebnisoffen geprüft wird. Gerne möchte ich wissen, was die anderen Parteien vom vorliegenden Postulat halten.

Ratspräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Liegen weitere Wortmeldungen zum Postulat vor? Das scheint nicht der Fall zu sein. Wir kommen zur eingereichten Motion der EVP-Fraktion.

Myriam Zürcher (EVP): Wir haben den folgenden Wortlaut verfasst:

In den Antrag zum «Projekt Kooperation Ostermundigen Bern (KOBe); Fusionsverhandlungen; Strukturfragen; Berichterstattung und Beschlussfassung» ist als dritten Punkt aufzunehmen:

3. *Der neue Stadtteil der Stadt Bern, nämlich Ostermundigen, erhält während einer Übergangszeit von 4-8 Jahren bei den die Fusion betreffenden Themen ein stimmberechtigtes Gemeinderatsmitglied.*

Vor rund zwei Jahren (im Februar 2020) haben wir die Machbarkeitsstudie zur Fusion Bern/Ostermundigen erstellt. Das Thema "Fusion" war zu diesem Zeitpunkt nur wenigen Bürgerinnen und Bürgern bekannt. Mittlerweile ist das Thema fast in aller Munde. Die Spannweite der Gefühle ist sehr breit - von Verlustängsten, einer Eingemeindung, völlige Gleichgültigkeit bis zu hochzeitlichen Vorfreuden. Aktuell sind über 18'000 Einwohnerinnen und Einwohner bei diesem Thema vertreten. Ein weiterer Schritt ist geplant, welcher vorgenommen werden muss.

Ganz ohne Bedingungen können wir den vorliegenden Bericht nicht genehmigen. Wir wollen unsere Verantwortung in der Gemeinde Ostermundigen wahrnehmen. Wir können auch die neu formulierte überparteiliche Motion der FDP.Die Liberalen-Fraktion unterstützen. Sie deckt unsere Forderung ziemlich gut ab.

Oft wurde erwähnt, dass Ostermundigen ein "Schlafdorf" sei. Dem ist heute nicht mehr so. Wir müssen unsere Verantwortung sowohl im Dorf Ostermundigen wie vielleicht auch ab dem Jahr 2025 in einem Quartier der Stadt Bern mit dem Namen "Ostermundigen" wahrnehmen. Ostermundigen ist und bleibt, was du und ich daraus machen!

Ratspräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Es liegen keine Wortmeldungen mehr zu dieser Motion vor. Damit kommen wir zum Vorstoss Nr. 6 resp. zum Ergänzungsantrag der SVP-Fraktion.

① Noch eine Anmerkung aus formellen Gründen:

Der Änderungsantrag kann so nicht beschlossen werden. Das Modell 3 war nicht Ergebnis des Verhandlungsergebnisses. D. h. es müsste ebenfalls ein parlamentarischer Vorstoss eingereicht werden - als Ergänzungsantrag zum Bericht kann dieser so nicht entgegengenommen werden.

Stimmzähler Markus Truog (SVP): Ich habe bereits erwähnt, dass die überparteiliche Motion der FDP.Die Liberalen-Fraktion in die gleiche Richtung wie unser Ergänzungsantrag zur Beschlusseziffer Nr. 3 geht. Wir haben deshalb einen Änderungsantrag gestellt, in der Annahme, dass das Parlament Anträge abändern und ergänzen kann.

Wir von der SVP-Fraktion nehmen den Bericht zur Kenntnis. Doch wenn der Gemeinderat uns einen Beschluss als Antrag unterbreitet, dann kann das Parlament aus meiner Perspektive auch Abänderungen verlangen.

Wir schlagen deshalb folgendes Vorgehen vor: Der Wortlaut ist gleich wie in der überparteilichen Motion der FDP.Die Liberalen-Fraktion.

Antrag der SVP-Fraktion zur **Ergänzung** des Beschlusses über das GGR-Geschäft Nr. 79

Wortlaut:

Die SVP-Fraktion stellt den Antrag, den Beschluss mit einer Ziffer 3 wie folgt zu ergänzen:

- 3. Der Grosse Gemeinderat beschliesst bezüglich des Eckwertes «Gemeinderat der fusionierten Gemeinde» das Modell 3 (siehe Kapitel 3.3) in den Fusionsverhandlungen mit der Stadt Bern einzubringen.*

Wir unterstützen die Motion der FDP. Die Liberalen-Fraktion. Die SVP-Fraktion ist nach wie vor skeptisch, ob die Fusion mit Bern korrekt aufgegleist oder gar notwendig ist. Gerade öffentliche Aussagen der Stadt Bern im letzten November liessen uns aufhorchen. Wir sind gar nicht sicher, ob beide fusionsinteressierte Gemeinden in den bisherigen Verhandlungen die Augen auf gleicher Höhe hatten. Wie konnte es deshalb unter anderem dazu kommen, dass uns die Stadt Bern «gnädigst» eine integrationsbeauftragte Person ohne gleichberechtigtes Stimmrecht zugestehen will und der Ostermundiger Gemeinderat dies so schluckt bzw. sich auf Modell 1a einigen will.

Wie erwähnt, wenn die überparteiliche Motion gutgeheissen wird, können wir auf unseren Ergänzungsantrag (Nr. 6) verzichten und diesen zurückziehen.

Christian Zeyer (SP): "Rote Linien in einer Verhandlung" sind sehr gefährlich. Rote Linien geben uns keine Möglichkeiten zum Reagieren und keine Möglichkeit, auf gute Entwicklungen Rücksicht zu nehmen. In einer Verhandlung ist es sehr wichtig, dass man seine eigenen "roten Linien" kennt. Aber die roten Linien sollten unter keinen Umständen offengelegt werden. Deshalb empfehle ich euch, am liebsten die Motion wie auch das Postulat anzunehmen. Damit können wir gegenüber der Stadt Bern ein klares Signal abgeben, dass in Ostermundigen ein eindeutiges Interesse für unsere Vorstellungen in den nächsten vier Jahren aufgenommen werden können. Dann kann der Gemeinderat die Richtlinien in die zukünftigen Verhandlungen einbringen. Ich bitte euch, beiden parlamentarischen Vorstössen zuzustimmen.

Die beiden "rote Linien" Motionen sind aus "Teufelsküche" und diese sind nicht zu unterstützen. Sie sind eine Belastung in den anstehenden Verhandlungen.

Ratspräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Damit sind wir abstimmungsreif:

Zuerst stimmen wir über die "dringliche, überparteiliche Motion: KOBe Ostermundigen - Bern vollwertiger Gemeinderatssitz während einer Übergangszeit von 4 bis 8 Jahren" (Nr. 1 in der Liste) ab.

Auftrag

Der Gemeinderat wird gestützt auf Artikel 51 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates und Bezug nehmend auf Absatz 2 (Weisung) wie folgt beauftragt:

Als dritten Punkt in den Antrag zum «Projekt Kooperation Ostermundigen Bern (KOBe); Fusionsverhandlungen; Strukturfragen; Berichterstattung und Beschlussfassung» ist aufzunehmen:

3. *Der Grosse Gemeinderat beauftragt den Gemeinderat, bezüglich des Eckpunktes «Der Gemeinderat der fusionierten Gemeinde» eine vollwertige Vertretung in die Fusionsverhandlungen einzubringen.*

A b s t i m m u n g

Die "dringliche, überparteiliche Motion: KOBe Ostermundigen - Bern vollwertiger Gemeinderatssitz während einer Übergangszeit von 4 bis 8 Jahren" (Nr. 1 in der Liste) wird mit 23 zu 8 Stimmen angenommen.

Ratspräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Somit stimmen wir über das "dringliche Postulat der SP/Gewerkschaften-Fraktion" (Nr. 2 in der Liste) ab.

Wortlaut

Vor dem Hintergrund der Bestrebungen, den Berner Gemeinderat parallel zur Fusion auf sieben Mitglieder aufzustocken, wird der Gemeinderat gebeten, neue Modelle für ein vollwertiges Ostermundiger Mitglied während einer Übergangszeit im Gemeinderat der fusionierten Stadt Bern zu prüfen und in die Verhandlungen einzubringen. Mindestens eine solche Variante soll in den Vernehmlassungsunterlagen zur Diskussion gestellt werden.

A b s t i m m u n g

Das "dringliche, überparteiliche Postulat der SP/Gewerkschaften-Fraktion" (Nr. 2 in der Liste) wird mit 19 zu 6 Stimmen angenommen.

Ratspräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Die "dringliche, überparteiliche Motion der EVP-Fraktion" (Nr. 3 in der Liste) wird von der Erstunterzeichnerin **zurückgezogen**.

Der "Ergänzungsantrag der SVP-Fraktion" (Nr. 6 in der Liste) wird ebenfalls **zurückgezogen**.

Damit fahren wir mit der Beratung der eingereichten parlamentarischen Vorstösse fort. Zum Änderungsantrag der SVP-Fraktion (Liste Nr. 4) muss ich anmerken, dass die Modelle 1 und 3 als Eckpunkte der Fusionsverhandlungen (siehe GGR-Botschaft Seite 6) erarbeitet und geprüft worden sind. Damit kann das von der SVP-Fraktion geforderte "Modell 4" nicht im Sinne eines Änderungsantrages eingefordert werden. Es ist ein parlamentarischer Vorstoss notwendig.

Stimmzähler Markus Truog (SVP): Aber auch weitere Aussagen machen die SVP-Fraktion stutzig und neugierig. So wollen die beiden Gemeinderäte vorerst nur sogenannte fusionsbedingte Anpassungen der Strukturen vornehmen bzw. mit dem Fusionsvertrag regeln. Die - für uns ebenso wichtigen - Details würden dann nach der Fusion geregelt. Uns wird also vorläufig ein Sack zum Kauf angeboten und wir erfahren noch nicht, ob da überhaupt eine Katze drin ist und wenn ja, was für eine.

Weil die SVP-Fraktion eben nicht die Katze im Sack kaufen will, hat sie für die heutige Sitzung zahlreiche dringliche Vorstösse formuliert und eingereicht. Wir wollen, dass der Grosse Gemeinderat (GGR) und schlussendlich das Stimmvolk bei der Stimmabgabe möglichst klar wissen, was von einer Fusion erwartet werden kann oder muss.

Schliesslich noch eine Bemerkung zu unseren Anträgen auf Änderung bzw. Ergänzung des Beschlusses im vorliegenden Geschäft. Die SVP-Fraktion ist der Auffassung, dass Anträge des Gemeinderates auf Beschluss des GGR durch das Parlament auch abgeändert werden können. Es kann doch nicht sein, dass der Gemeinderat einfach sagt: «GGR beschliesse so, wie wir es beantragen.» Deshalb bringen wir unsere Forderungen auf **Änderung** des Beschlusspunktes 2 und auf Ergänzung mit dem Beschlusspunkt 3 als **Anträge**.

Die SVP-Fraktion bittet den Rat um Unterstützung unsere Vorstösse. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Der **Änderungsantrag Nr. 1** (Nr. 4 in der Liste der Gemeindeschreiberin) wird vor der Schlussabstimmung des Geschäftes eingereicht. Die Ratspräsidentin hat erwähnt, dass die Änderungsanträge in Form einer Motion eingereicht werden müssen. Ich bleibe aber bei der Form "Änderungsantrag".

Wortlaut

Die SVP-Fraktion stellt den Antrag, die Ziffer 2 des Beschlusses wie folgt zu ändern:

- 2. Der Grosse Gemeinderat beschliesst bezüglich des Eckwertes «Parlament der fusionierten Gemeinde» das Modell 4 (siehe Kapitel 3.4) in den Fusionsverhandlungen mit der Stadt Bern einzubringen.*

Stimmzähler Markus Truog (SVP): Damit kommen wir zur "dringlichen Motion Nr. 1 der SVP-Fraktion zum Projekt Kooperation Bern (KoBe); Bestandessicherheit Ortsplanungsrevision "O'mundo" (Nr. 7 in der Liste) mit folgendem

Auftrag

*Der Gemeinderat wird gestützt auf Artikel 51 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates und Bezug nehmend auf Absatz 2 (Weisung) beauftragt, in den weiteren Fusionsverhandlungen dafür zu sorgen, dass die Ortsplanungsrevision «**O'mundo**» mit dem noch zu erstellenden Fusionsvertrag in ihrem Bestand gesichert bleibt.*

Begründung

Die mit viel personellem und finanziellem Aufwand erstellte Ortsplanungsrevision «O'mundo» darf bei einer allfälligen Fusion mit der Stadt Bern auf keinen Fall fallengelassen und mit Regelungen der Stadt Bern zunichte gemacht werden. Sollte die Fusion zustande kommen, müssen die Einwohner des künftigen Stadtteils Ostermundigen weiterhin selbst über ihr Gebiet bestimmen können. Gemäss Zusammenfassung zum heutigen GGR-Geschäft Nr. 79 entspricht dies auch einer Forderung des Gemeinderates. Mit vorliegendem Auftrag soll der GGR dieser Forderung Nachdruck verleihen bzw. unserem Gemeinderat «den Rücken stärken». Damit der Auftrag unverzüglich übernommen und in die Fusionsverhandlungen eingebracht werden kann, verlangt die SVP-Fraktion die Dringlichkeit der Motion.

In den weiteren Motionen wollen wir Auskünfte vom Gemeinderat. Es sind dies:

Stimmzähler Markus Truog (SVP): Dringliche Motion Nr. 2 der SVP-Fraktion zum Projekt Kooperation Ostermundigen Bern (KOBe); Bestandessicherheit des Energierichtplans (Nr. 8 in der Liste)

Auftrag

*Der Gemeinderat wird gestützt auf Artikel 51 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates und Bezug nehmend auf Absatz 2 (Weisung) beauftragt, in den weiteren Fusionsverhandlungen dafür zu sorgen, dass der bestehende **Energierichtplan** mit dem noch zu erstellenden Fusionsvertrag in seinem Bestand gesichert bleibt.*

Begründung

Ostermundigen ist seit längerer Zeit mit dem Energiestadt-Label ausgezeichnet und soll dies möglichst als allfälliger Stadtteil der fusionierten Gemeinden beibehalten können. Gemäss Zusammenfassung zum heutigen GGR-Geschäft Nr. 79 entspricht dies auch einer Forderung des Gemeinderates. Mit vorliegendem Auftrag soll der GGR dieser Forderung Nachdruck verleihen bzw. unserem Gemeinderat «den Rücken stärken». Damit der Auftrag unverzüglich übernommen und in die Fusionsverhandlungen eingebracht werden kann, verlangt die SVP-Fraktion die Dringlichkeit der Motion.

Stimmzähler Markus Truog (SVP): Dringliche Motion Nr. 3 der SVP-Fraktion zum Projekt Kooperation Ostermundigen Bern (KOBe); Bestandessicherheit der Schulraumplanung (Nr. 9 in der Liste)

Auftrag

*Der Gemeinderat wird gestützt auf Artikel 51 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates und Bezug nehmend auf Absatz 2 (Weisung) beauftragt, in den weiteren Fusionsverhandlungen dafür zu sorgen, dass die Ostermündiger **Schulraumplanung** mit dem noch zu erstellenden Fusionsvertrag in seinem Bestand gesichert bleibt.*

Begründung

Die Gemeinde Ostermundigen hat viel in ihre Schulraumplanung und deren Umsetzung investiert und wird dies in den kommenden Jahren auch noch tun (Beispiel: gerade genehmigter Objektkredit für die Schulanlage Möсли). Gemäss Zusammenfassung zum heutigen GGR-Geschäft Nr. 79 entspricht dies auch einer Forderung des Gemeinderates. Mit vorliegendem Auftrag soll der GGR dieser Forderung Nachdruck verleihen bzw. unserem Gemeinderat «den Rücken stärken». Damit der Auftrag unverzüglich übernommen und in die Fusionsverhandlungen eingebracht werden kann, verlangt die SVP-Fraktion die Dringlichkeit der Motion.

Stimmzähler Markus Truog (SVP): Dringliche Motion Nr. 4 der SVP-Fraktion zum Projekt Kooperation Ostermundigen Bern (KOBe); Harmonisierung der Bauordnungen (Nr. 10 in der Liste)

Auftrag

Der Gemeinderat wird gestützt auf Artikel 51 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates und Bezug nehmend auf Absatz 2 (Weisung) beauftragt, im Zusammenhang mit dem Fusionsvertrag aufzuzeigen, wie die **Harmonisierung der Bauordnungen** ablaufen wird, so dass es insbesondere im Bewilligungswesen gegenüber heute für Ostermundigen keine Verschlechterung gibt und in seinem Bestand gesichert bleibt.

Begründung

Gemäss Aussage unseres Gemeindepräsidenten können aktuell Baubewilligungen in Ostermundigen «dank kurzer Wege» meist rasch erwartet werden. Der bald bezugsbereite Bären-Tower ist ein gutes Beispiel dafür. In der Stadt Bern dauern vor allem grosse Bauvorhaben meist unerträglich lange - das Viererfeld lässt grüssen - und von einem vergleichbaren Bären-Tower wäre da wohl noch nicht einmal eine Bauprofilstange zu sehen. Der drohenden Verschlechterung für den Stadtteil Ostermundigen muss deshalb unbedingt schon im Fusionsvertrag entgegengewirkt werden. Damit der Auftrag unverzüglich übernommen und in die Fusionsverhandlungen eingebracht werden kann, verlangt die SVP-Fraktion die Dringlichkeit der Motion.

Stimmzähler Markus Truog (SVP): Dringliche Motion Nr. 5 der SVP-Fraktion zum Projekt Kooperation Ostermundigen Bern (KOBe); Bestandessicherheit der Planungen im öffentlichen Verkehr (Nr. 11 in der Liste)

Auftrag

Der Gemeinderat wird gestützt auf Artikel 51 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates und Bezug nehmend auf Absatz 2 (Weisung) beauftragt, in den weiteren Fusionsverhandlungen dafür zu sorgen, dass die Planungen im **Öffentlichen Verkehr** auf dem Gebiet von Ostermundigen mit dem noch zu erstellenden Fusionsvertrag in ihrem Bestand gesichert bleiben.

Begründung

Ostermundigen verfügt heute über einen sehr guten öffentlichen Verkehr. Dies muss unbedingt auch im allfällig neuen Stadtteil Ostermundigen so bleiben. Gemäss Zusammenfassung zum heutigen GGR-Geschäft Nr. 79 entspricht dies auch einer Forderung des Gemeinderates. Mit vorliegendem Auftrag soll der GGR dieser Forderung Nachdruck verleihen bzw. unserem Gemeinderat «den Rücken stärken». Damit der Auftrag unverzüglich übernommen und in die Fusionsverhandlungen eingebracht werden kann, verlangt die SVP-Fraktion die Dringlichkeit der Motion.

Stimmzähler Markus Truog (SVP): Dringliche Motion Nr. 6 der SVP-Fraktion zum Projekt Kooperation Ostermundigen Bern (KOBe); Verkehrserschliessung (Nr. 12 in der Liste)

Auftrag

*Der Gemeinderat wird gestützt auf Artikel 51 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates und Bezug nehmend auf Absatz 2 (Weisung) beauftragt, in einem Konzept aufzuzeigen, welche Änderungen bezüglich der **Verkehrerschliessung** (ÖV, MIV und Langsamverkehr) sich durch die Fusion ergeben. Das Konzept ist zusammen mit dem Fusionsvertrag zu publizieren und den zuständigen Gremien zur Kenntnis zu bringen.*

Begründung

Ostermundigen weist eine gute Verkehrserschliessung auf. Diese muss bei einer Fusion unbedingt erhalten oder gar weiter verbessert werden. Der Gemeinderat soll deshalb in einem Konzept aufzeigen, wie er dem entgegenwirken will. Damit der Auftrag unverzüglich übernommen und in die Fusionsverhandlungen eingebracht werden kann, verlangt die SVP-Fraktion die Dringlichkeit der Motion.

Stimmzähler Markus Truog (SVP): Dringliche Motion Nr. 7 der SVP-Fraktion zum Projekt Kooperation Ostermundigen Bern (KOBe); Verkehrs- und Parkplatzpolitik (Nr. 13 in der Liste)

Auftrag

*Der Gemeinderat wird gestützt auf Artikel 51 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates und Bezug nehmend auf Absatz 2 (Weisung) beauftragt, im Rahmen seiner Berichterstattung aufzuzeigen, welche Auswirkungen die Fusion auf die **Verkehrs- und Parkplatzpolitik** in Ostermundigen haben wird.*

Begründung

Die Stadt Bern hat eine sehr restriktive und stark einschränkende Verkehrs- und Parkplatzpolitik. So sind unter anderem die Anzahl Parkplätze pro Wohnung bei Neubauten mit ausreichender Erschliessung mit dem öffentlichen Verkehr auf 0,2 Parkplätze pro Wohnung festgelegt. Wollen wir derartiges in Ostermundigen auch? Die SVP-Fraktion ist der Meinung: Nein.

Stimmzähler Markus Truog (SVP): Dringliche Motion Nr. 8 der SVP-Fraktion zum Projekt Kooperation Ostermundigen Bern (KOBe); Bestandessicherheit für Gemeindemitarbeitende (Nr. 14 in der Liste)

Auftrag

*Der Gemeinderat wird gestützt auf Artikel 51 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates und Bezug nehmend auf Absatz 2 (Weisung) beauftragt, in den weiteren Fusionsverhandlungen dafür zu sorgen, dass für die Mitarbeitenden der Gemeinde Ostermundigen im noch zu erstellenden Fusionsvertrag Bestandessicherheit zugesichert wird. Zudem hat der Gemeinderat aufzuzeigen, wie die Stelleneinrichtung erfolgen soll, damit dies für das **Gemeindepersonal** von Ostermundigen keine negativen Änderungen hat.*

Begründung

Bisher wurde in den Fusionsverhandlungen den Mitarbeitenden der Gemeinde Ostermundigen stets Bestandessicherheit versprochen. Dieses Versprechen muss unbedingt gehalten werden. Gemäss Zusammenfassung zum heutigen GGR-Geschäft Nr. 79 entspricht dies auch einer Forderung des Gemeinderates. Mit vorliegendem Auftrag soll der GGR dieser Forderung Nachdruck verleihen bzw. unserem Gemeinderat «den Rücken stärken». Damit der Auftrag unverzüglich übernommen und in die Fusionsverhandlungen eingebracht werden kann, verlangt die SVP-Fraktion die Dringlichkeit der Motion.

Stimmzähler Markus Truog (SVP): Dringliche Motion Nr. 9 der SVP-Fraktion zum Projekt Kooperation Ostermundigen Bern (KOBe); Künftiges Pensionsalter der Gemeindemitarbeitenden und deren allfällige finanziellen und/oder personalrechtlichen Folgen (Nr. 15 in der Liste)

Auftrag

*Der Gemeinderat wird gestützt auf Artikel 51 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates und Bezug nehmend auf Absatz 2 (Weisung) beauftragt, im Zusammenhang mit dem Fusionsvertrag aufzuzeigen, ob und was die Fusion im Zusammenhang mit dem **Pensionsalter** der Gemeindemitarbeitenden finanziell und/oder personalrechtlich zur Folge hat.*

Begründung

Heute gehen die Mitarbeitenden von Ostermundigen mit 65 bzw. 64 in Pension. Die SVP-Fraktion will wissen, ob dieses ordentliche Pensionsalter bleibt oder ob für die Mitarbeitenden von Ostermundigen künftig, wie für jene der Stadt Bern Pensionsalter 63 gilt. Trifft letzteres zu, will die SVP-Fraktion erfahren, welche finanziellen Auswirkungen dies auf das Personal sowie auf die Gemeinde haben wird. Damit der Auftrag unverzüglich übernommen und in die Fusionsverhandlungen eingebracht werden kann, verlangt die SVP-Fraktion die Dringlichkeit der Motion.

Stimmzähler Markus Truog (SVP): Dringliche Motion Nr. 10 der SVP-Fraktion zum Projekt Kooperation Ostermundigen Bern (KOBe); Sicherstellung der intakten Gewerbestruktur (Nr. 16 in der Liste)

Auftrag

*Der Gemeinderat wird gestützt auf Artikel 51 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates und Bezug nehmend auf Absatz 2 (Weisung) beauftragt, in einem Konzept aufzuzeigen, wie die Existenz der intakten **Gewerbestruktur** Ostermundigens nach der Fusion sichergestellt wird. Das Konzept ist zusammen mit dem Fusionsvertrag zu publizieren und den zuständigen Gremien zur Kenntnis zu bringen.*

Begründung

Ostermundigen weist eine intakte Gewerbestruktur auf. Die heutige Wohnbaupolitik der Stadt Bern wird ohne «Gegensteuer» mit Bestimmtheit dazu führen, dass Gewerbebetriebe in Ostermundigen in Ihrer Existenz gefährdet sind. Der Gemeinderat soll deshalb in einem Kon-

zept aufzeigen, wie er dem entgegenwirken will. Damit der Auftrag unverzüglich übernommen und in die Fusionsverhandlungen eingebracht werden kann, verlangt die SVP-Fraktion die Dringlichkeit der Motion.

Stimmzähler Markus Truog (SVP): Dringliche Motion Nr. 11 der SVP-Fraktion zum Projekt Kooperation Ostermundigen Bern (KOBe); Vereine (Nr. 17 in der Liste)

Auftrag

*Der Gemeinderat wird gestützt auf Artikel 51 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates und Bezug nehmend auf Absatz 2 (Weisung) beauftragt, in einem Konzept aufzuzeigen, wie die Existenz des **Vereinswesens** in Ostermundigen nach der Fusion sichergestellt wird. Das Konzept ist zusammen mit dem Fusionsvertrag zu publizieren und den zuständigen Gremien zur Kenntnis zu bringen.*

Begründung

Ostermundigen hat glücklicherweise ein sehr reges Vereinsleben. So gibt es gegen 70 Vereine unterschiedlichster und Art und Grösse. Einige dieser Vereine – unter anderem der FCO und der TVO – werden heute von der Gemeinde mit zum Teil namhaften Beträgen und/oder kostenloser Zurverfügungstellung von Infrastruktur unterstützt. Die SVP-Fraktion sieht diese Unterstützung durch die Fusion bedroht. Der Gemeinderat soll deshalb in einem Konzept aufzeigen, wie er die heute gute Vereinsstruktur weiterhin unterstützen will. Damit der Auftrag unverzüglich übernommen und in die Fusionsverhandlungen eingebracht werden kann, verlangt die SVP-Fraktion die Dringlichkeit der Motion.

Stimmzähler Markus Truog (SVP): Dringliche Motion Nr. 12 der SVP-Fraktion zum Projekt Kooperation Ostermundigen Bern (KOBe); Stadtteilpartizipation (Nr. 18 in der Liste)

Auftrag

*Der Gemeinderat wird gestützt auf Artikel 51 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates und Bezug nehmend auf Absatz 2 (Weisung) beauftragt, im Zusammenhang mit dem Fusionsvertrag aufzuzeigen, wie die **Partizipation** des Stadtteils Ostermundigen in der fusionierten Gemeinde gestaltet sein soll und welche Kompetenzen damit verbunden sein werden.*

Begründung

Die beiden Gemeinderäte haben sich für die künftige Stadtteilpartizipation Ostermundigen gemäss Kapitel 3.6 der Botschaft weitgehend auf Modell 3 (Stadtteil-Kommissionen) geeinigt. Dies erachtet die SVP-Fraktion als grundsätzlich gut. Sie verlangt jedoch, dass vom Gemeinderat nicht erst «in einem nächsten Schritt», sondern bereits zusammen mit dem zur Volksabstimmung gelangenden Fusionsvertrag aufgezeigt wird, wie die Stadtteil-Kommission besetzt werden soll und welche Kompetenzen sie haben wird. Damit der Auftrag unverzüglich übernommen und in die Fusionsverhandlungen eingebracht werden kann, verlangt die SVP-Fraktion die Dringlichkeit der Motion.

Stimmzähler Markus Truog (SVP): Wir haben viele Fragen an den Gemeinderat gerichtet. Wir hoffen auf eine lückenlose Beantwortung - spätestens im Fusionsvertrag.

Wir bitten euch, unsere Motionen Nr. 1 bis 12 zu unterstützen; besten Dank!

Priska Zeyer (SP): Ich beziehe mich bei meinem folgenden Votum auf die 12 Motionen der SVP-Fraktion:

Liebe SVP-Mitglieder: Ich muss euch ein Kränzchen winden, ihr habt wirklich viel gearbeitet, und habt euch mit dem Geschäft vertieft. Ihr habt sage und schreibe 15 Motionen eingereicht. Das ist eigentlich lobenswert. Wenn ich die einzelnen Themen anschau, sind diese auch teilweise interessant:

O'mundo, Personalbestandssicherheit, Energierichtplan. Das tönt gut!

Aber jetzt komme ich mit einer kritischen Frage:

- Warum habt ihr euch jetzt so ins Zeug gelegt, aber habt nicht in der Begleitgruppe mitgearbeitet? Ihr seid die EINZIGE Partei, die niemanden in dieser wichtigen Gruppe hat. Ich verstehe das nicht.

Eigentlich ist die Antwort einfach. Ihr wollt die Fusion nicht, aber habt den Mut nicht, hier und jetzt hinzustehen, das zu sagen. Darum formuliert ihr Motion um Motion, mit dem einzigen Ziel, die Fusion so sofort zu versenken. Euren Wählern wollt ihr so suggerieren, dass ihr euch für das Wohl und die Rechte von Ostermundigen einsetzen wollt. Aber auch euren Wählern sagt ihr nicht, dass ihr gegen eine Fusion seid.

- Was ist euer Ziel?

Für mich ist es klar: Ihr wollt Stillstand, den Status Quo. Ihr wollt, dass sich nichts ändert, hier in Ostermundigen. Alles soll auf Jahre genau so bleiben. Stillstand, das kennen wir sonst von eurer Mutterpartei, ihr hier im Saal habt mir oft gezeigt, dass ihr konstruktiv arbeitet. Aber heute bin ich enttäuscht.

Ostermundigen wird sich verändern, so oder so. In diesem Saal werden in den nächsten Jahren parlamentarische Vorstösse überwiesen, und auch der Gemeinderat selbst wird uns Geschäfte vorlegen, die überwiesen werden, und diese werden die Gemeinde verändern. „Nichts ist so beständig wie der Wandel“, das hat schon Heraklit im alten Griechenland gesagt. Das wollt ihr nicht wahrhaben, und darum wollt ihr auch nicht, dass sich Ostermundigen verändert, nicht heute, nicht morgen, und auch nicht in ein paar Jahren.

Also liebe SVP-Fraktion, jetzt erwarte ich, dass jemand von euch hier vorne erklärt, dass ihr die Fusion nicht wollt. Das wäre ehrlich. Alles andere ist Augenwischerei!

Wir werden eure Motionen mit Weisungscharakter nicht unterstützen.

Martina Wagner (EVP): Wir von der EVP-Fraktion können leider die Motionen ebenfalls nicht unterstützen. Bei einer Motion besteht kein Verhandlungsspielraum mehr. Bei einer Umwandlung der Motionen in Postulate wäre eine Zustimmung unsererseits eventuell möglich.

Hans Peter Friedli (SVP): Priska Zeyer (SP) hat uns von der SVP-Fraktion direkt angesprochen. Besten Dank für die Herausforderung.

Wir von der SVP-Fraktion sind nicht generell gegen eine Fusion. Wir sind gewillt, am Fortschritt mitzuarbeiten. Es darf aber nicht sein, dass uns die Stadt Bern diktiert, was sie will. Wir sind in Ostermundigen sehr gut positioniert! Diesen Besitzstand wollen wir mindestens beibehalten. Wir verlangen einen vollwertigen Gemeinderat, welcher mitreden und mitbestimmen kann. Und das war bis dato nicht der Fall. Deshalb wollen wir dem Gemeinderat von Ostermundigen den Rücken in den Verhandlungen mit der Stadt Bern stärken. Er soll Forderungen einbringen können. Das ist unser primäres Ziel. Wir können nicht zu einem Geschäft "Ja und Amen" sagen und kennen den Schluss der Geschichte nicht. Das ist die Meinung der SVP-Fraktion.

Ratspräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Es liegen keine Wortmeldungen zu den Forderungen der SVP-Fraktion mehr vor. Wir kommen zur

A b s t i m m u n g

Motion Nr. 1: *Der Gemeinderat wird gestützt auf Artikel 51 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates und Bezug nehmend auf Absatz 2 (Weisung) beauftragt, in den weiteren Fusionsverhandlungen dafür zu sorgen, dass die Ortsplanungsrevision «O'mundo» mit dem noch zu erstellenden Fusionsvertrag in ihrem Bestand gesichert bleibt.*

① Die Motion Nr. 1 (Liste Nr. 7) wird mit 24 zu 5 Stimmen abgelehnt.

A b s t i m m u n g

Motion Nr. 2: *Der Gemeinderat wird gestützt auf Artikel 51 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates und Bezug nehmend auf Absatz 2 (Weisung) beauftragt, in den weiteren Fusionsverhandlungen dafür zu sorgen, dass der bestehende **Energierichtplan** mit dem noch zu erstellenden Fusionsvertrag in seinem Bestand gesichert bleibt.*

① Die Motion Nr. 2 (Liste Nr. 8) wird mit 25 zu 6 Stimmen abgelehnt.

A b s t i m m u n g

Motion Nr. 3: *Der Gemeinderat wird gestützt auf Artikel 51 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates und Bezug nehmend auf Absatz 2 (Weisung) beauftragt, in den weiteren Fusionsverhandlungen dafür zu sorgen, dass die Ostermundiger **Schulraumplanung** mit dem noch zu erstellenden Fusionsvertrag in seinem Bestand gesichert bleibt.*

① Die Motion Nr. 3 (Liste Nr. 9) wird mit 25 zu 7 Stimmen abgelehnt.

A b s t i m m u n g

Motion Nr. 4: Der Gemeinderat wird gestützt auf Artikel 51 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates und Bezug nehmend auf Absatz 2 (Weisung) beauftragt, im Zusammenhang mit dem Fusionsvertrag aufzuzeigen, wie die **Harmonisierung der Bauordnungen** ablaufen wird, so dass es insbesondere im Bewilligungswesen gegenüber heute für Ostermundigen keine Verschlechterung gibt und in seinem Bestand gesichert bleibt.

- ① Die Motion Nr. 4 (Liste Nr. 10) wird mit 27 zu 6 Stimmen abgelehnt.

A b s t i m m u n g

Motion Nr. 5: Der Gemeinderat wird gestützt auf Artikel 51 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates und Bezug nehmend auf Absatz 2 (Weisung) beauftragt, in den weiteren Fusionsverhandlungen dafür zu sorgen, dass die Planungen im **Öffentlichen Verkehr** auf dem Gebiet von Ostermundigen mit dem noch zu erstellenden Fusionsvertrag in ihrem Bestand gesichert bleiben.

- ① Die Motion Nr. 5 (Liste Nr. 11) wird mit 27 zu 6 Stimmen abgelehnt.

A b s t i m m u n g

Motion Nr. 6: Der Gemeinderat wird gestützt auf Artikel 51 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates und Bezug nehmend auf Absatz 2 (Weisung) beauftragt, in einem Konzept aufzuzeigen, welche Änderungen bezüglich der **Verkehrerschliessung** (ÖV, MIV und Langsamverkehr) sich durch die Fusion ergeben. Das Konzept ist zusammen mit dem Fusionsvertrag zu publizieren und den zuständigen Gremien zur Kenntnis zu bringen.

- ① Die Motion Nr. 6 (Liste Nr. 12) wird mit 24 zu 7 Stimmen abgelehnt.

A b s t i m m u n g

Motion Nr. 7: Der Gemeinderat wird gestützt auf Artikel 51 Absatz 1 der Geschäftsordnung der Grossen Gemeinderates und Bezug nehmend auf Absatz 2 (Weisung) beauftragt, im Rahmen seiner Berichterstattung aufzuzeigen, welche Auswirkungen die Fusion auf die **Verkehrs- und Parkplatzpolitik** in Ostermundigen haben wird.

- ① Die Motion Nr. 7 (Liste Nr. 13) wird mit 26 zu 7 Stimmen abgelehnt.

Abstimmung

Motion Nr. 8: *Der Gemeinderat wird gestützt auf Artikel 51 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates und Bezug nehmend auf Absatz 2 (Weisung) beauftragt, in den weiteren Fusionsverhandlungen dafür zu sorgen, dass für die Mitarbeitenden der Gemeinde Ostermundigen im noch zu erstellenden Fusionsvertrag Bestandessicherheit zugesichert wird. Zudem hat der Gemeinderat aufzuzeigen, wie die Stelleneinreihung erfolgen soll, damit dies für das **Gemeindepersonal** von Ostermundigen keine negativen Änderungen hat.*

- ① Die Motion Nr. 8 (Liste Nr. 14) wird mit 26 zu 8 Stimmen abgelehnt.

Abstimmung

Motion Nr. 9: *Der Gemeinderat wird gestützt auf Artikel 51 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates und Bezug nehmend auf Absatz 2 (Weisung) beauftragt, im Zusammenhang mit dem Fusionsvertrag aufzuzeigen, ob und was die Fusion im Zusammenhang mit dem **Pensionsalter** der Gemeindemitarbeitenden finanziell und/oder personalrechtlich zur Folge hat.*

- ① Die Motion Nr. 9 (Liste Nr. 15) wird mit 27 zu 7 Stimmen abgelehnt.

Abstimmung

Motion Nr. 10: *Der Gemeinderat wird gestützt auf Artikel 51 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates und Bezug nehmend auf Absatz 2 (Weisung) beauftragt, in einem Konzept aufzuzeigen, wie die Existenz der intakten **Gewerbestructur** Ostermundigens nach der Fusion sichergestellt wird. Das Konzept ist zusammen mit dem Fusionsvertrag zu publizieren und den zuständigen Gremien zur Kenntnis zu bringen.*

- ① Die Motion Nr. 10 (Liste Nr. 16) wird mit 26 zu 6 Stimmen abgelehnt.

Abstimmung

Motion Nr. 11: *Der Gemeinderat wird gestützt auf Artikel 51 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates und Bezug nehmend auf Absatz 2 (Weisung) beauftragt, in einem Konzept aufzuzeigen, wie die Existenz des **Vereinswesens** in Ostermundigen nach der Fusion sichergestellt wird. Das Konzept ist zusammen mit dem Fusionsvertrag zu publizieren und den zuständigen Gremien zur Kenntnis zu bringen.*

- ① Die Motion Nr. 11 (Liste Nr. 17) wird mit 25 zu 8 Stimmen abgelehnt.

A b s t i m m u n g

Motion Nr. 12: *Der Gemeinderat wird gestützt auf Artikel 51 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates und Bezug nehmend auf Absatz 2 (Weisung) beauftragt, im Zusammenhang mit dem Fusionsvertrag aufzuzeigen, wie die **Partizipation** des Stadtteils Ostermundigen in der fusionierten Gemeinde gestaltet sein soll und welche Kompetenzen damit verbunden sein werden.*

① Die Motion Nr. 12 (Liste Nr. 18 wird mit 27 zu 6 Stimmen abgelehnt.

Ratspräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Wir kommen zu den dringlichen Postulaten von Adrian Tanner und Mitunterzeichnerin.

Adrian Tanner (Grüne): Ich möchte meine vorgängig allen zugestellten Vorstössen (Liste Nr. 19, 20 + 21) vorstellen und begründen:

Dringliches Postulat - Für ein doppeltproportionales Zuteilungsverfahren (doppelter Pukelsheim) in einem allfälligen Übergangsparlament oder bei der Bildung von Wahlkreisen

Wortlaut

Der Gemeinderat wird aufgefordert, im Rahmen der Fusionsverhandlungen darauf hinzuwirken, dass die Sitze in einem allfälligen Übergangsparlament oder bei der Bildung von Wahlkreisen nach dem doppeltproportionalen Zuteilungsverfahren verteilt werden.

Begründung

Der sogenannte doppelte Pukelsheim ist eine iterative mathematische Methode, dank der auch bei Wahlen mit Wahlkreisen die Sitzverteilung so ausfällt, dass die Parteien gemäss ihren Wählenden Anteilen vertreten sind. So könnten die Vorteile der Wahlkreise (lokale Verankerung) mit jenen eines Einheitswahlkreises (bessere Abbildung des prozentualen Wahlergebnisses) kombiniert werden. Dieses Verfahren wird bereits in mehreren Städten und Kantonen angewendet.

Zwar ist die Methode relativ komplex, aber das Resultat ist einfach zu überprüfen, so dass auch die demokratische Nachvollziehbarkeit gewährleistet ist.

Weitere Informationen und Links: https://de.wikipedia.org/wiki/Doppeltproportionales_Zuteilungsverfahren

eingereicht von: Adrian Tanner (Grüne) und Myriam Zürcher (EVP)

Adrian Tanner (Grüne): Ich hätte grundsätzlich den Wunsch, das Postulat in eine Motion umzuwandeln. Vielleicht möchte sich noch jemand zu den eingereichten Vorstössen äussern?

Dringliches Postulat - Sitze nach Bevölkerungszahl statt nach Anzahl Stimmberechtigte zuteilen

Wortlaut

Der Gemeinderat wird aufgefordert, im Rahmen der Fusionsverhandlungen darauf hinzuwirken, dass die Sitze in einem allfälligen Übergangsparlament oder bei der Bildung von Wahlkreisen in der neuen Gemeinde nach der Bevölkerungszahl und nicht nach der Anzahl Stimmberechtigten verteilt werden.

Begründung

Auch auf kantonaler Ebene werden die Sitze zwischen den Wahlkreisen anhand der Bevölkerung und nicht anhand der Stimmberechtigten verteilt (Art. 64 Gesetz über die politischen Rechte, PRG 1).

Mit der Sitzverteilung nach Bevölkerung hätte Ostermundigen in einem Übergangsparlament nicht 8, sondern 10 Sitze.

*80 : 143 294 [https://www.bern.ch/themen/stadt-recht-und-politik/bern-in-zahlen/in_kuerze]
=> 1 Sitz für 1791 Einwohnende*

*10 : 18 044 [<https://www.ostermundigen.ch/de/gemeinde-wirtschaft/gemeinde/statistikzahlen/>]
=> 1 Sitz für 1804 Einwohnende (statt 2255 bei 8 Sitzen)*

eingereicht von: Adrian Tanner (Grüne) und Myriam Zürcher (EVP)

Dringliches Postulat - Für einen Grüngürtel auch nach der Fusion

Wortlaut

Der Gemeinderat wird aufgefordert, im Rahmen der Fusionsverhandlungen darauf hinzuwirken, dass im Gebiet der heutigen Gemeinde Ostermundigen (oder auch auf dem Gebiet der gesamten neuen Gemeinde) auch nach der Fusion keine neuen Flächen eingezont werden.

Begründung

Der Grundsatz, dass nicht weiter «in die grüne Wiese» hinausgebaut werden soll, ist in Ostermundigen über alle Parteien sehr gut verankert, was unter anderem die Diskussionen zum Rütibühl und zu O'mundo gezeigt haben.

*In Bern wurde am Anfang der Diskussionen über die Fusion vereinzelt die Meinung geäußert, dass Ostermundigen mit seinen Landreserven für Bern sehr interessant sei. Zwar war diese Meinung in der Folge nicht mehr zu hören, doch bei vielen Ostermundiger*innen besteht die Befürchtung weiterhin, dass die Fusion zum Verlust von zusätzlichen Grünflächen führen könnte. Aus diesem Grund muss der Verzicht auf Einzonungen auf eine geeignete Art und Weise festgehalten werden.*

eingereicht von: Adrian Tanner (Grüne) und Myriam Zürcher (EVP)

Adrian Tanner (Grüne): Ich möchte noch zu den verschiedenen Vorstössen der SVP-Fraktion Stellung nehmen. Ich bin froh, dass sich die SVP für den Status "Energiestadt Ostermundigen" einsetzt. Ich möchte darauf hinweisen, dass der GGR im September 2020 eine Motion angenommen hat. Die Stadt Bern ist bereits heute "Energiestadt Gold" und ich sehe da wenig Probleme.

Beim Thema "Vereine" habe ich mich der Stimme enthalten. Ich glaube nicht, dass wir diesbezüglich mit Problemen rechnen müssen. Die anderen Vorstösse können als "Zusatzarbeit für die Verwaltung" angesehen werden.

Ratspräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Adrian, wir bitten dich, die unterschriebenen Postulate dem Ratsbüro abzugeben.

Wird die Diskussion zu den vorliegenden drei Postulaten von Adrian Tanner (Grüne) gewünscht?

Jorgo Ananiadis (Piraten): Ich möchte mich zum Postulat (Liste Nr. 19) betreffend doppelte Pukelsheimer äussern. Als Vertreter einer Kleinstpartei unterstütze ich dieses Postulat. Wenn der Änderungsantrag, das Postulat in eine Motion umzuwandeln, nicht gestellt worden ist, so möchte ich das hiermit einbringen.

Aus Erfahrung kann ich sagen, dass bei einfachen Wahlverfahren Fehler passieren. Wenn beim doppelten Pukelsheimer ein mathematisches Verfahren zugegriffen werden muss - welches aber für alle Kleinparteien und evtl. auch Wahlbezirken fair ist - würde diesen Vorgang absolut unterstützen.

Colette Nova (SP): Lieber Adrian, es ist parlamentsrechtlich in Ostermundigen nicht möglich, ein Postulat gegen den Willen des Postulanten in eine Motion umzuwandeln. Du müsstest eine Motion als solche einreichen. Andererseits wenn ich die Wortlaute deiner Postulate lese, stelle ich eine seltsame Kreuzung (sogenannter Bastard) zwischen Postulat und Motion fest. Gemeinderechtlich wird der Gemeinderat mit einem Postulat beauftragt, eine Angelegenheit zu prüfen. Dein Wortlaut lautet: ... *der Gemeinderat wird beauftragt* ... also bindend die Form der Motion. Du musst dich entscheiden, was du nun willst. Der Vorstoss muss dementsprechend in der richtigen Form eingereicht werden.

Inhaltlich werden die gleichen Probleme wie in den Motionen der SVP-Fraktion erwähnt. Es ist in einem Fusionsvertrag nicht möglich, Regeln für die zukünftige Gemeinde festzulegen, welche über die Übergangszeit hinausgehen. Diese Fragen werden bei der fusionierten Gemeinde auf dem ordentlichen Weg zu beschliessen sein und dies gilt im Wahlverfahren, bei Einzonungen und evtl. beim Übergangsparlament. Im Übrigen wurde bereits im GPK-Protokoll der Sitzung vom 16. Februar 2022 über die Problematik berichtet (siehe "Diskussion" auf den Seiten 92 bis 94).

Ratspräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): In der Zwischenzeit hat Adrian Tanner (Grüne) die drei Vorstösse "als dringliche Motionen" eingereicht.

Adrian Tanner (Grüne): Besten Dank für die Hinweise. Die Formulierung ist offen. Zum Thema "Festhalten": Die neue Gemeinde soll einen Handlungsspielraum erhalten; dieser Sachverhalt leuchtet mir ein. Im Fusionsvertrag werden auch Sachen aufgenommen, welche nicht verbindlich sind. Die Formulierung ist relativ offen: ... *auf geeignete Art und Weise* ...

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Wir haben in der Zwischenzeit bereits einige Punkte abgeklärt. Colette Nova (SP) hat bereits viele Punkte aufgenommen. Die Regulative müssen vom Kanton geprüft werden. In die Verhandlungen kann eine sogenannte "Übergangsfrist" in den Fusionsvertrag aufgenommen werden.

Adrian Tanner (Grüne): Ich habe nicht von allen Rückmeldungen erhalten. Ich glaube die Chance für eine Annahme beim Parlament ist die Form des "Postulates". Aus diesem Grunde werde ich meine drei parlamentarischen Vorstösse als Postulat und nicht als Motion zurückverwandeln.

Ratspräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Damit handelt es sich um dringliche, überparteiliche Postulate (Liste Nr. 19, 20 + 21). Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Somit kommen wir zur

A b s t i m m u n g

Das überparteiliche Postulat: *Dringliches, überparteiliches Postulat – Für ein **doppeltproportionales Zuteilungsverfahren (doppelter Pukelsheim)** in einem allfälligen Übergangsparlament oder bei der Bildung von Wahlkreisen*

① Das überparteiliche Postulat (Liste Nr. 19) wird mit 26 zu 5 Stimmen abgelehnt.

A b s t i m m u n g

Das überparteiliche Postulat: *Dringliches Postulat, überparteiliches – Sitze nach Bevölkerungszahl statt nach Anzahl Stimmberechtigte zuteilen.*

① Das überparteiliche Postulat (Liste Nr. 20) wird mit 26 zu 4 Stimmen abgelehnt.

A b s t i m m u n g

Das überparteiliche Postulat: *Dringliches, überparteiliches Postulat – Für einen Grüngürtel auch nach der Fusion*

① Das überparteiliche Postulat (Liste Nr. 21) wird mit 22 zu 5 Stimmen abgelehnt.

Ratspräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Damit kommen wir nun zum ordentlichen

Traktandum Nr. 79 - Projekt "Kooperation Bern (KoBe)"; Fusionsverhandlungen; Strukturfragen; Berichterstattung und Beschlussfassung

Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

GPK-Präsidentin Colette Nova (SP): Wie im GPK-Protokoll festgehalten, haben wir den Zeitfahrplan als extrem knapp eingestuft. Für wichtige Fragen steht dem Grossen Gemeinderat nur sehr wenig Zeit zur Verfügung. Wir sind der Auffassung, dass der Gemeinderat zusammen mit der Projektorganisation den "Fahrplan" überprüfen und optimieren muss. Mit optimieren ist gemeint, dort wo noch Spielraum vorhanden ist, diesen zu nutzen und einzusetzen, um anschliessend alle wichtigen Punkte nochmals zu überprüfen.

Gerhard Baumgartner (EVP): Mein Votum halte ich als "Einzelsprecher".

Quo vadis? Wo häre geisch Du? (Oschtermundige?)

Mit der zur Diskussion stehenden Vorlage ist das die Frage, die wir momentan nicht beantworten können!

Eine Vorlage mit Forderungen seitens von Ostermundigen die im luftleeren Raum stehen. Wir als Bürgerinnen und Bürger von Ostermundigen fordern von Bern Bestandessicherheit in fünf Bereichen.

Auch im privaten Bereich sind wir versichert und teilweise auch überversichert. Diese Vorkehrungen geben uns Sicherheit, dass für uns im Ereignisfall gesorgt wird.

Das heisst, dass wir die Katze nicht im Sack kaufen möchten, sondern verlangen eine verbindliche Zusicherung die Gewähr bietet, dass das bisher Funktionierende ohne Abstriche überführt werden könnte.

Zum Beispiel die Bestandessicherheit für unsere Mitarbeitenden. Es geht nicht nur um den zahlenmässigen Erhalt der Stellen, sondern welche Arbeitsbereiche würden neu zugewiesen. Gespräche mit Mitarbeitenden zeigen, dass diesbezüglich grosse Unsicherheiten bestehen. Mögliche Folgen sind demotivierte Mitarbeitende und eine Fluktuation. Möchten wir das?

Ostermundigen fusioniert mit Bern. Was heisst das? Der Grosskonzern Stadt Bern fusioniert mit dem KMU Ostermundigen. Bei wirtschaftlichen Unternehmen stellt sich grundsätzlich die prioritäre Frage der Wertschöpfung, die für beide Partner eine mögliche Optionierung in Aussicht stellt. Den Forderungen seitens Ostermundigen liegt bis anhin kein konkretes Angebot der Stadt Bern vor.

Es ist ein mühsames Seilziehen zwischen beiden Gemeinden das für die Verhandlungsbeauftragten nebst dem Tagesgeschäft zusätzlich belastend ist und mit hohen Kosten verbunden ist.

Verbindliche Resultate auszuhandeln, stehen unter Zeitdruck und die vorgesehene Umsetzung muss schrittweise vor dem Vertragsentwurf vorgelegt werden.

Meinerseits bin ich verunsichert. Das bestätigen auch die vielen dringlichen Anträge aus verschiedenen Parteien.

→ 39 Jahre hat Ostermundigen selbständig funktioniert und das soll für mich auch in Zukunft so sein.

Mit meinem heutigen Wissensstand werde ich mich beim Antrag zur Kenntnisnahme des Berichtes enthalten!

Matthias Kuert (SP): Ich möchte mein vorgängiges Votum noch mit diesen Punkten ergänzen.

→ Zu 3.6 Stadtteilpartizipation

Die Fraktion SP Grüne Gewerkschaften ist erfreut, dass mit der Stadtteilkommission ein verbindliches Modell der Partizipation gewählt wurde. Es ist gut, dass eine öffentlich-rechtliche Körperschaft vorgesehen wurde, weil dies mehr Verbindlichkeit bringt. So wie wir den Vorschlag bisher verstehen und wie es bisher diskutiert wurde (auch in Bern), handelt es sich nicht um eine übergangsrechtliche Geschichte, sondern die Ostermundiger Stadtteilkommission soll grundsätzlich länger wirken. Das ist ein wichtiger Schritt und gibt es sonst in der Stadt Bern noch nirgends. Hier kann die Ostermundiger Kommission als Vorbild für eine spätere stärkere Vertretung anderer Berner Quartiere dienen. Ebenso wichtig ist – wie in der Botschaft erwähnt – dass die Kommission mit einem eigenen Budget ausgestattet wird. Aus unserer Sicht ist es wichtig, dass das Budget so ausgestattet ist, dass die Kommission Projekte, aber Kultur und auch Vereine in Ostermundigen unterstützen können sollte und in wichtigen Ostermundiger Themen mitreden kann (Schützenhaus, Badi, Unterstützung Vereine).

Vielleicht noch ein Wort zu Ideen, welche sonst in Ostermundigen herumgeistern von Kreisen, welche sich bis jetzt nirgends eingebracht haben: Wir nehmen sie als unausgegrenzte Vorschläge wahr «Kernstadt Region Bern».

Insgesamt werden wir die Botschaft und die Anträge des Gemeinderats zur Kenntnis nehmen. Alles stellt ein "Gesamtpaket" dar. Primär ist ein klares Signal an die Stadt Bern zu senden. Die Diskussion wird im Mai 2022 fortgesetzt.

Insgesamt finden wir die Stadtteilkommission gut aufgegleist. Zu klären sind in der Vertiefung möglichst rasch die einzelnen Aufgaben und Kompetenzen und auch das genaue Budget.

Ein Anliegen ist uns, dass auch die ausländische Bevölkerung mitreden kann. Wir plädieren darum klar dafür, dass diesen zumindest ein Sitzanspruch ohne Stimmrecht, wie es schon heute in Ostermundigen existiert, zugestanden wird.

→ Zu 3.4 Parlament der fusionierten Gemeinde

Auch hier müssen wir uns vor Augen halten, dass es um die Übergangsregelungen geht. Wenn wir fusionieren, ist klar, dass wir nicht auf ewig reservierte Sitzansprüche haben.

Zwar hätten wir uns hier zum Teil noch etwas kreativere Lösungen vorstellen können. Wir folgen aber insgesamt dem Gemeinderat und plädieren, es bei den 80 Sitzen zu belassen und somit Modell 1 zu wählen. Es wäre komisch, wenn wir in Ostermundigen bei den ersten Wah-

len nur acht Leute wählen dürften, wie es Modell 2 vorsieht. Zudem ist es so, dass die Bevölkerung vor allem parteipolitisch wählt und wir nicht von den acht Ostermundiger:innen erwarten könnten, dass sie exklusiv Ostermundigen im Stadtrat vertreten.

Wir nehmen von der GGR-Botschaft inkl. Antrag Kenntnis.

Ich möchte noch als Präsident der Begleitgruppe Ostermundigen (siehe Mitbericht in Botschaft auf Seite 10) etwas erwähnen.

→ Strukturfrage Gemeinderat

Die Begleitgruppe begrüsst die Möglichkeit, dass der neue Stadtteil ein vollwertiges Gemeinderatsmitglied erhält. Es steht nicht ein bestimmtes Modell im Vordergrund. Für das Parlament der fusionierten Gemeinde hat sich die Begleitgruppe Mehrheitlich für das Modell 1 ausgesprochen. Die Stadtteilpartizipation hat die Begleitgruppe als wichtigsten Punkt sämtlicher Strukturfragen betrachtet. Da ist noch mehr Klarheit zu schaffen.

Der knappe Zeitplan wurde angesprochen. Viele Abklärungen seien noch notwendig. Es gilt aber auch den Aspekt zu betrachten, dass möglichst schnell Klarheit und Sicherheit geschaffen wird. Im Sinne des Personals muss diese Klarheit so rasch als möglich gegeben werden. Die Dynamik eines solch grossen Projektes kann nicht über sechs bis acht Jahre aufrecht erhalten werden. Deshalb ist es der Begleitgruppe besonders wichtig, dass der sportliche und ehrgeizige Zeitplan eingehalten wird.

Stimmzähler Markus Truog (SVP): Zuerst möchte ich Gerhard Baumgartner (EVP) für seine persönliche Meinungsäusserung danke sagen - du hast uns aus der Seele gesprochen.

Ich möchte den **Änderungsantrag Nr. 1** trotzdem vortragen. Die SVP-Fraktion stellt den Antrag die Ziffer 2 des Beschlusses wie folgt zu ändern:

2. *Der Grosse Gemeinderat beschliesst bezüglich des Eckwertes "Parlament der fusionierten Gemeinde" das Modell 4 (siehe Kapitel 3.4) in den Fusionsverhandlungen mit der Stadt Bern einzubringen.*

Ratspräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Es liegt noch der **Änderungsantrag** der SVP-Fraktion vor.

Wortlaut

Die SVP-Fraktion stellt den Antrag, die Ziffer 2 des Beschlusses wie folgt zu ändern:

2. *Der Grosse Gemeinderat beschliesst bezüglich des Eckwertes «**Parlament** der fusionierten Gemeinde» das **Modell 4** (siehe Kapitel 3.4) in den Fusionsverhandlungen mit der Stadt Bern einzubringen.*

Ich möchte nochmals den Standpunkt von Gemeinderat und Ratsbüro bekannt geben:

- Unter der Beschlussesziffer Nr. 2 können einzig die Modelle 1 und 3 zur Anwendung kommen. Der Gemeinderat schlägt dem Parlament vor, das Modell Nr. 1 zu wählen. Das Ratsbüro ist der Auffassung, dass über das Modell Nr. 4 nicht abgestimmt werden kann.

Da wir im Ratsbüro über keine Praxis in einem vergleichbaren Geschäft haben, schlage ich vor, dass der Grosse Gemeinderat über den Änderungsantrag Nr. 1 abstimmen soll. Das ist mein Demokratieverständnis.

A b s t i m m u n g

- ① Der Änderungsantrag Nr. 1 (Liste Nr. 4) der SVP-Fraktion wird mit 14 zu 8 Stimmen abgelehnt.

Ratspräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Weiter ist über den **Eventualantrag** (Liste Nr. 5) der SVP-Fraktion abzustimmen. Dieser lautet wie folgt:

Wird der Antrag der SVP-Fraktion zur Änderung des Beschlusses über das GGR-Geschäft Nr. 79 abgelehnt, wird der nachfolgende Eventualantrag gestellt.

Wortlaut:

Die SVP-Fraktion stellt den Antrag, die Ziffer 2 des Beschlusses wie folgt zu ändern:

2. Der Grosse Gemeinderat beschliesst bezüglich des Eckwertes «**Parlament** der fusionierten Gemeinde» das **Modell 3** (siehe Kapitel 3.4) in den Fusionsverhandlungen mit der Stadt Bern einzubringen.

A b s t i m m u n g

- ① Der Eventualantrag (Liste Nr. 5) der SVP-Fraktion wird mit 26 zu 6 Stimmen abgelehnt.

Ratspräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Weiter ist über den **Ergänzungsantrag** (Liste Nr. 6) der SVP-Fraktion abzustimmen. Dieser lautet wie folgt:

Wortlaut

Die SVP-Fraktion stellt den Antrag, den Beschluss mit einer Ziffer 3 wie folgt zu ergänzen:

3. Der Grosse Gemeinderat beschliesst bezüglich des Eckwertes «**Gemeinderat** der fusionierten Gemeinde» das **Modell 3** (siehe Kapitel 3.3) in den Fusionsverhandlungen mit der Stadt Bern einzubringen.

Truog Markus (SVP): Ich ziehe den **Ergänzungsantrag** (Liste Nr. 5) der SVP-Fraktion zurück.

Ratspräsidentin: Zum Geschäft Nr. 79 liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Damit kommen wir zur

Schlussabstimmung

Der Grosse Gemeinderat fasst mit 26 zu 5 Stimmen den folgenden

Beschluss

1. Der Grosse Gemeinderat nimmt Kenntnis von der Berichterstattung zu den Eckwerten der Strukturfragen im Rahmen der Fusionsverhandlungen und dem weiteren Vorgehen.
2. Der Grosse Gemeinderat beschliesst bezüglich des Eckwertes «Parlament der fusionierten Gemeinde» das Modell 1 in die Fusionsverhandlungen mit der Stadt Bern einzubringen.

Die folgenden parlamentarischen Neueingänge zu diesem Geschäft wurden erheblich erklärt:

- Dringliche überparteiliche Motion: KObE Ostermundigen Bern - vollwertige Vertretung während einer Übergangszeit von 4 bis 8 Jahren
- Dringliches Postulat SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion: Vor dem Hintergrund der Bestrebungen, den Berner Gemeinderat parallel zur Fusion auf 7 Mitglieder aufzustocken

----- viertelstündige Pause -----

Axioma 7193 + 5763

10.0.12 Verordnungen Gemeinde

80. E-Parlamentssitzungen; "Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates (GO GGR)"; Genehmigung einer Teilrevision

Ratspräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Die GGR-Botschaft inkl. die teilrevidierte "Gemeindeordnung des GGR" wurde vorgängig allen zugestellt. Das Geschäft muss nicht von der Geschäftsprüfungskommission geprüft werden.

Stimmzähler Markus Truog (SVP): Glücklicherweise konnten wir die Parlamentssitzungen in den beiden letzten Jahren trotz Pandemie-Einschränkungen einigermaßen gut «über die Bühne bringen». Die SVP-Fraktion dankt allen bestens, die dies in irgendeiner Form möglich gemacht haben. Um für - hoffentlich nicht eintretende - künftige Einschränkungen vorbereitet zu sein, erachten wir die Schaffung der Möglichkeit richtig, Parlamentssitzungen in Ausnahmesituationen digital durchzuführen. Deshalb stimmt die SVP-Fraktion der Teilrevision der Geschäftsordnung GGR zu.

Kathrin Balmer (SP): Im März 2021 wurde der dringliche Antrag „E-Parlamentssitzungen“ per E-Mail und auf Papier beim Ratssekretär eingereicht. Fünf GGR-Sitzungen und elf Monate gingen vorbei, bis uns das Geschäft heute endlich vorgelegt wird.

Die Fraktion SP, Grüne und Gewerkschaften wird der Änderung der GO GGR dennoch zustimmen. Es ist besser, künftig eine mittelmässige Lösung zu haben als gar keine. Ich persönlich bin mit der vorliegenden Lösung und den Erläuterungen aber nicht zufrieden.

Ich finde es zum Beispiel sehr störend, dass die Verhinderung einzelner GGR-Mitglieder an einer physischen Teilnahme selbst bei Quarantänefällen kein Grund für eine digitale Durchführung der GGR-Sitzungen sein soll. Es ist aus meiner Sicht undemokratisch, wenn gewählte Volksvertreterinnen und Volksvertreter faktisch von den Parlamentssitzungen ausgeschlossen werden, wenn sie sich in Quarantäne begeben müssen oder sich schützen wollen, weil sie selbst oder ihre Angehörigen Vorerkrankungen haben oder weil sie in einem Altersheim oder Spital arbeiten.

Ich sehe auch nicht ein, weshalb an digitalen GGR-Sitzungen in erster Linie dringliche und un-aufschiebbare Geschäfte behandelt werden sollen.

Ich werde den Eindruck nicht los, dass sich die Verwaltung gegen die Veränderung sträubt, nur weil die Durchführung von digitalen GGR-Sitzungen - ich zitiere - „mit einem Teilnehmerkreis von fast 50 Personen anspruchsvoll“ sei. Nach zwei Jahren Pandemie sollten eigentlich alle wissen, dass das geht, wenn man nur will.

Ich habe noch eine Frage:

In Artikel 3 wird erwähnt, dass eine E-Parlamentssitzung veröffentlicht werden soll. In den Erläuterungen ist die Rede von einem "Livestream". Ich bin der Meinung, dass eine Veröffentlichung auch erst im Nachhinein passieren könnte und keinen Livestream erfordert?

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Zur Frage von Kathrin Balmer (SP):

1. In Artikel 3 Absatz 3 liegt ein "Verschreiber" vor. Der Text hat korrekt wie folgt zu lauten:

... Die Öffentlichkeit der Sitzungen ist mittels Veröffentlichung der GGR-Debatte über das Internet zu gewährleisten.

Wir haben ebenfalls bereits geprüft, auf ein Wortprotokoll zu verzichten und die GGR-Debatte mittels MP3-Datei auf das Internet zu laden. Diesen Prozess lässt aber die kantonale Gesetzgebung nicht zu.

2. Wieso hat die Bearbeitung des Geschäftes so lange gedauert?

Im Jahr 2021 kam es im Büro GGR zu verschiedenem personellem Wechsel. Der Ratssekretär konnte erst nach mehreren Anläufen auf ein beschlussfähiges Ratsbüro zählen (--> zweimal waren nur 2 von 5 Büromitgliedern an den terminierten Sitzungen anwesend). Der dringliche Antrag konnte dadurch nicht zügig bzw. zeitgerecht erledigt werden.

Myriam Zürcher (EVP): Die EVP-Fraktion hat das Geschäft geprüft. Wir möchten die folgenden **Änderungsanträge Nr. 1** anbringen:

1. Artikel 3 Absatz 3

*In einer **ausserordentlichen Lage** können GGR-Sitzungen digital durchgeführt werden.*

Begründung

Nicht nur in absoluten Ausnahmesituationen. Der Begriff "ausserordentlichen Lagen" wird auch vom Bundesrat verwendet.

2. Artikel 9 Ziffer f)

Über die Durchführung von GGR-Sitzungen in einer ausserordentlichen Lage ausserhalb des Tellsaals und in digitaler Form zu beschliessen.

3. Die Beschlusseziffer Nr. 1 sollte lauten:

*Das **Ratsbüro** wird ermächtigt, in einer **ausserordentlichen Lage** die Durchführung digitaler GGR-Sitzungen (keine Mischformen bzw. hybride Debatten) vorzusehen.*

Begründung

Nicht das Ratspräsidium, sondern das Ratsbüro hat über die Durchführungsform zu entscheiden.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Die Terminologie "Ausserordentliche Lage" hat das Ratsbüro dazu bewogen, mit dem Begriff "Ausnahmesituationen" ans Werk zu gehen. Mit diesem Begriff wird eine flexible Anwendung möglich sein. "Ausserordentliche Lagen" werden explizit nur vom Bundesrat angeordnet. Wir hoffen alle zusammen, dass wir nie mehr auf eine "ausserordentliche Lage" zukehren werden.

Zur Frage Nr. 2 - Ratspräsidium statt Ratsbüro

Mir ist nicht bekannt, wie die vorliegende Formulierung zustande kam. Ich muss mit dem Ratssekretär Rücksprache nehmen.

Ratssekretär Jürg Kumli: Die vorliegende Formulierung wurde an der Sitzung «Büro GGR» von den anwesenden Mitgliedern so gefordert.

Adrian Tanner (Grüne): Es liegt ein Missverständnis vor. Ursprünglich war vorgesehen, dass der Gemeinderat über die Durchführung von GGR-Sitzungen entscheidet. Im Sinne der Gewaltentrennung haben wir die vorliegende Formulierung gewählt.

Ratspräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Im Änderungsantrag der EVP-Fraktion wird die Formulierung mit "Ratsbüro" gewünscht. Wir werden am Schluss der Debatte über den Änderungsantrag abstimmen.

Colette Nova (SP): Es sind beide Formulierungen möglich. Die Aufgaben können dem Ratspräsidium resp. dem Ratsbüro zuteilt werden. Fakt ist, dass uns ein Entwurf einer Teilrevision der GO GGR vorliegt und unter Artikel 9 "das Büro" erwähnt wird. Demgegenüber wird in der Beschlussesziffer Nr. 1 das "Ratspräsidium" erwähnt. Hier liegt ein Widerspruch vor.

Die Aufgaben und Möglichkeiten werden in der GO GGR festgehalten. Aus diesem Grund wird die Beschlussesziffer Nr. 1 einhundertprozentig überflüssig (wir beschliessen eine Änderung der GO GGR). Des Weiteren wird von "absoluten Ausnahmesituationen" berichtet. Gibt es zwei Kategorien von Ausnahmesituationen: Die Ausnahmesituationen und die absoluten Ausnahmesituationen? Ich stelle den **Änderungsantrag Nr. 2:**

Die Beschlussesziffer Nr. 1 ist ersatzlos zu streichen.

Ich schliesse mich der Aussage des Gemeindepräsidenten an: Der Begriff "Ausnahmesituationen" ist breiter abgestützt als nur die "ausserordentliche Lage".

Ratspräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Es liegen keine Wortmeldungen zur GGR-Botschaft und dem Regulativ mehr vor. Über die beiden Änderungsanträge hat das Parlament abzustimmen.

→ Der **Änderungsantrag Nr. 1** der EVP-Fraktion

3. Die Beschlussesziffer Nr. 1 sollte lauten:

*Das **Ratsbüro** wird ermächtigt, in einer **ausserordentlichen Lage** die Durchführung digitaler GGR-Sitzungen (keine Mischformen bzw. hybride Debatten) vorzusehen.*

→ wird dem **Änderungsantrag Nr. 2** von Colette Nova (SP)

Die Beschlussesziffer Nr. 1 ist ersatzlos zu streichen.

gegenübergestellt.

A b s t i m m u n g

- ① Der Änderungsantrag 2 (Streichung der Beschlussesziffer Nr. 1) obsiegt mit 27 zu 4 Stimmen.

Ratspräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Über den zweiten Teil des Änderungsantrags Nr. 1 der EVP-Fraktion ist ebenfalls abzustimmen, der da lautet:

2. Artikel 9 Ziffer f)

*Über die Durchführung von GGR-Sitzungen in einer **ausserordentlichen Lage** ausserhalb des Tellaals und in digitaler Form zu beschliessen.*

A b s t i m m u n g

- ① Änderungsantrag Nr. 1 (Art. 9 Ziffer f) wird mit 20 zu 8 Stimmen abgelehnt.

Ratspräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Wir haben nun die **Schlussabstimmung** vorzunehmen. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 33 zu 0 Stimmen den

B e s c h l u s s

1. Die Teilrevision der „Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates von Ostermundigen“ (Rechtsgrundlage für die digitale Parlamentssitzung) wird genehmigt.
2. Die teilrevidierte „Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates“ tritt per 1. Mai 2022 in Kraft.
3. Der dringliche, überparteiliche Antrag an das Büro des GGR vom 23. März 2021 wird als erledigt abgeschrieben.

Axioma 7887

10.3.72 Motionen

81. Überparteiliche Motion betreffend Falllast in der Sozialhilfe verringern, Beratung und Integration in den Arbeitsmarkt verbessern, Kosten senken; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat

Ratspräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Das Parlament wurde mit der gemeinderätlichen Botschaft dokumentiert. Zuerst darf sich die Departementsvorsteherin zur Berichterstattung äussern.

Departementsvorsteherin Soziales Melanie Gasser (glp): Ich möchte auf zwei Schreibfehler in der GGR-Botschaft hinweisen:

- Auf Seite 3 im letzten Absatz sollte es korrekt heissen: ... *die nötigen Massnahmen zur Falllastsenkung ergreifen* ... und nicht Massnahmen senken.
- Weiter wollen wir ... *die Ablösequote in der Sozialhilfe erhöhen* ... und nicht senken.

Entschuldigt uns die Falschformulierungen. Ich freue mich auf die Debatte.

Kathrin Balmer (SP): Die Fraktion SP, Grüne und Gewerkschaften dankt dem Gemeinderat und der Sozialkommission für die Beantwortung der Motion und für die Ausarbeitung des dreijährigen Pilotprojekts. Wir sind mit dem Umsetzungsvorschlag sehr zufrieden und stimmen der Erheblicherklärung mit Überzeugung zu.

Wir teilen die Einschätzung des Gemeinderats, dass der Gemeinde Ostermundigen kantonale im Bereich der Sozialhilfe eine besondere Bedeutung zukommt. Wir sind deshalb in der Verantwortung, hier neue, bessere Lösungen für alle Beteiligten zu finden.

Die jährlichen Kosten von rund 200'000 Franken sind tragbar und mittel- und langfristig mit Sicherheit gut investiertes Geld - für die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, für die Sozialhilfebeziehenden und für uns alle als Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

Sandra Löhner (Die Mitte): Die Mitte-Fraktion wird dem Antrag zustimmen und die Motion unterstützen. Wir bedanken uns bei Melanie Gasser und Daniel Bock für ihren Besuch an der Fraktionssitzung und ihre Erklärungen zum vorliegenden Traktandum.

Wie das eindrückliche Beispiel aus der Stadt Winterthur zeigt, können durch eine bessere Betreuung der Sozialhilfefälle längerfristig die Kosten gesenkt werden. Was zuerst etwas futuristisch anmutet, scheint gemäss Pilotprojekt der Stadt Winterthur völlig logisch. **Zuerst investieren und dann Kosten senken.** Der Bericht und die Zahlen aus Winterthur sind beeindruckend: durch eine Erhöhung der personellen Ressourcen im Betrag von rund 1,6 Mio. Franken, konnten schlussendlich Einsparungen von 2,7 Mio. Franken netto erzielt werden. Bessere Betreuung zahlt sich aus.

Eine Gemeinde wie Ostermundigen mit einer entsprechend hohen Anzahl an Sozialfällen ist deshalb prädestiniert, analog zu Winterthur als Pilotprojekt über drei Jahre die Anzahl Sozialarbeiter zu erhöhen und damit die sogenannte Falllast zu senken. Zielwert soll sein, dass pro

100 %-Sozialarbeiterstelle noch rund 80 Fälle pro Jahr bearbeitet werden. Die „gewonnene“ Zeit pro Klienten hilft mit, Betroffene gründlicher auf Dritteleistungen abzuklären wie Stipendien oder Unterhaltszahlungen. Und im besten Fall - die Ablösung von der Sozialhilfe und Eingliederung in die wirtschaftliche Selbstständigkeit.

Die anstehende Revision des Sozialhilfegesetzes könnte eine Grundlage schaffen, um künftig die Falllast pro 100%-Sozialarbeiter in einen vernünftigen Rahmen zu setzen. Lassen wir uns davon überraschen!

Martina Wagner (EVP): Wir als EVP-Fraktion werden die vorliegende Motion ebenfalls erheblich erklären. Für uns ist es besonders wichtig, dass Menschen die notwendige Hilfe zur Sozialhilfe erhalten. Den Klienten aufzeigen, wo sie Hilfe abholen können, benötigt Zeit. Wenn sie aber dann die Kompetenzen haben, werden sie selbständig lösen können. Dies entlastet anschliessend wieder die Sozialarbeitenden.

Wir finden es sinnvoll, das Projekt drei Jahre laufen zu lassen. Die Auswirkungen werden erst mit der Zeit ersichtlich. Da die Fallzahlen vom Kanton festgesetzt werden, haben wir unsere Grossratsfraktion angefragt, ob dieses Projekt eventuell vom Kanton unterstützt wird. Die Antwort ist noch ausstehend.

Wir haben noch die folgende Frage: Ist in den Gesamtkosten die Infrastruktur (Büroräumlichkeiten, Laptops etc.) inbegriffen?

Sandro Minka II (glp): Die glp-Fraktion ist überzeugt, dass mit dem Ausbau der personellen Ressourcen Sozialhilfebeziehende besser betreut und somit die Ablösequote erhöht werden kann. Auch wenn die damit verbundenen finanziellen Einsparungen nicht in erster Linie der Gemeinde Ostermundigen zugutekommen, so helfen diese, die Kosten des Sozialen Lastenausgleichs unter Kontrolle zu halten und das Kantonsbudget zu schonen. Wir sind nicht nur Einwohner*innen der Gemeinde Ostermundigen, sondern auch des Kantons Bern.

Es geht hier aber nicht rein um die Finanzen. Sozialhilfe besteht nicht nur aus materieller, sondern auch aus persönlicher Hilfe. Ziel der Sozialhilfe ist es, die Menschen zu befähigen, wieder auf eigenen Beinen zu stehen. Bei einer zu hohen Falllast gerät diese Aufgabe jedoch allzu oft in den Hintergrund. Sozialhilfefälle dürfen nicht nur verwaltet werden, sondern die Menschen hinter den Fällen sind zu betreuen.

Adrian Gränicher (SVP): Die SVP-Fraktion hat die Unterlagen intensiv studiert und diskutiert. Der Vergleich Stadt Winterthur zur Gemeinde Ostermundigen scheint uns gewagt. Es sollte nicht primäres Ziel sein, die Falllast pro Mitarbeitenden, sondern die Falllast im Allgemeinen zu senken. Aktuell sind wir bei 90 Falllastigen bei einer 100 Prozentstelle. Der Kanton Bern geht von 97 Falllastigen aus. Wir werden dem Geschäft nicht vorbehaltlos zustimmen.

Christoph Leiser (FDP): Vorab: die FDP. Die Liberalen-Fraktion wird dem Antrag Gemeinderat zustimmen und ist einverstanden, das Pilotprojekt für eine Dauer von drei Jahren zu stemmen.

Ein weiterer Ausbau der Verwaltung ist für die FDP grundsätzlich ein Mittel, welches nicht gerne gesehen wird. Weitere Kostensteigerungen, hier zufolge höherer Lohnkosten etc. in der Verwaltung, sind aus finanzieller Sicht der Gemeinde nach wie vor zu vermeiden und nicht angezeigt («Schmürzeli-Argumentation»).

Aber:

- Die Ausgangslage im Bereich Sozialdienste unserer Gemeinde ist allen allzu gut bekannt. Aus persönlicher Kenntnis der Arbeitsweise und -haltung der Abteilung (Sozialkommission, Dossier Kontrolle, Bürotätigkeit) kann ich festhalten und verdanken, dass in der Abteilung mit den vorhandenen Mitteln ein Optimum an Betreuung und auch Kontrolle geleistet wird und ständig an Optimierungen gearbeitet wird.
- Die angedachten und aktuell umgesetzten Konzepte im Bereich Sozialhilfe erachten wir als zielführend, tauglich und verdienen Anerkennung und Unterstützung.
- Ob die Studie Winterthur so auf Ostermundigen umgemünzt werden kann, bezweifeln wir, allzu oft wird dabei das Obst verwechselt oder mit Gegenstudien argumentiert. Tritt der vorderhand als Rüebli vor dem Tier (um nicht zu sagen Esel) hingehaltene «finanzielle Erfolg» sodann auch in ähnlicher Weise in Ostermundigen ein, umso besser.
- Ein Pilot für drei Jahre scheint uns sinnvoll und wir unterstützen das und erwarten konkrete Nachweise der «Fruchtbarkeit» der Massnahmen.
- Nicht freudig, aber mit gewisser Hoffnung und Erwartung stimmen wir dem Antrag Gemeinderat zu. Besten Dank.

Departementsvorsteherin Soziales Melanie Gasser (glp): Besten Dank für die positiven Voten und konstruktiven Fragen. Gerne habe ich die "Blumen" für die Abteilung Soziales entgegengenommen.

Ostermundigen kommt als grosse Berner Gemeinde eine Vorbildfunktion zu - wir können ein "Leuchtturmprojekt" für den Kanton Bern sein. Die Frage der Vergleichbarkeit mit der Stadt Winterthur ist schon in der Ausgangslage verschieden. Die Gemeinde Ostermundigen verfügt schon über sehr professionelle Strukturen (insbesondere im Case Management). Aber es ist doch interessant zu sehen, ob die letzten 10 bis 20 Fälle in der Falllastsenkung nicht mehr so gross sind. Es soll erstmals ein Pilotprojekt gestartet werden und nicht eine direkte Umsetzung der Falllastsenkung. Wir wollen die Wirkungen in der Gemeinde Ostermundigen und im Gesamtumfeld des Kantons Bern auswerten können.

① Zur Frage betreffend die Infrastrukturen

Es werden keine zusätzlichen Infrastrukturkosten notwendig. Das ausgewiesene Preisschild widerspiegelt die Bruttokosten. Für die konkrete Umsetzung wird zu einem späteren Zeitpunkt noch ein Kredit notwendig sein.

Ich hoffe, alle Fragen und Unklarheiten beantwortet zu haben. Technische Fragen können an die anwesende Frau Rudin gestellt werden.

Ratspräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 30 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Die überparteiliche Motion betreffend Falllast in der Sozialhilfe verringern, Beratung und Integration in den Arbeitsmarkt verbessern, Kosten senken wird erheblich erklärt.

Axioma 7889
10.3.73 Postulate

82. Überparteiliches Postulat betreffend Prüfung einer Teilrevision des Baureglements; Erheblicherklärung/Ablehnung

Ratspräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Das Parlament wurde mit der gemeinderätlichen Botschaft dokumentiert. Zuerst darf sich der Erstunterzeichner zur Berichterstattung äussern.

Stimmzähler Thulani Thomann (SP): Der Grosse Gemeinderat hat vorhin ausführlich über die Aussagen eines Postulates diskutiert. Vorliegend wird in Punkt 1 des Wortlautes die Teilrevision des Gemeindebaureglements in Frage gestellt (vom Gemeinderat abgelehnt). Die Teilrevision ist jedoch selbsterklärend.

Die Punkte 2 und 3 werden vom Gemeinderat zur Erheblicherklärung vorgeschlagen. Dahingehend bedanke ich mich für die ausführliche Beantwortung resp. Stellungnahme des Gemeinderates. Ich warte gespannt auf den Verwaltungsbericht.

Ich bin mit der gemeinderätlichen Beantwortung zufrieden - vielen Dank.

Ratspräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Es liegen keine weiteren Wortmeldungen zum Postulat vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 30 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Das überparteiliche Postulat betreffend Prüfung einer Teilrevision des Baureglements:

- Der Punkt 1 des Wortlautes wird abgelehnt.
- Die Punkte 2 und 3 des Wortlautes werden erheblich erklärt.

83. Orientierungen des Gemeinderats

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Ich orientiere über die

a) Motion für mehr bezahlbaren und gemeinnützigen Wohnraum in Ostermundigen

Es ist mir nicht recht, dass ich ein weiteres Mal auf die zeitlichen Verzögerungen bei der Beantwortung der Motion hinweisen muss. In den letzten Wochen und Monaten hatte der Gemeinderat eine sehr intensive Zeit zu bewältigen. Ich hatte mit der Erstunterzeichnerin einen guten Informationsaustausch. Der Gemeinderat will das Thema nicht vernachlässigen. Wir geben alles, um eine möglichst baldige Beantwortung vorlegen zu können.

Departementsvorsteherin Hochbau Maya Weber Hadorn (SP): Ich orientiere über das

b) Postulat betreffend Prüfung der Fördermöglichkeiten für den Ausbau der Elektromobilität

Wir sind mit der Beantwortung in Verzug. Ich entschuldige mich für diesen Missstand. Im Mai 2022 liegen die Antworten ebenfalls noch nicht vor; eventuell kann im Juni 2022 eine gemeinderätliche Stellungnahme traktandiert werden. Die personellen Engpässe in der Energieberatung lassen keinen schnelleren Arbeitsprozess zu.

Departementsvorsteherin Öffentliche Sicherheit Aliko Panayides (SVP): Vier parlamentarische Vorstösse können heute Abend von Seiten Öffentliche Sicherheit nicht beantwortet werden:

c) Interpellation betreffend sichere Wege zur Schulanlage

Es ist mir unbekannt, wie dieser parlamentarische Vorstosse "vergessen" ging.

d) Motion betreffend Einführung von Deutschbons für Ausländer: innen in Ostermundigen

e) Motion betreffend Schaffung einer ständigen Integrationskommission Ostermundigen

f) Motion betreffend Schaffung einer Grundlage für die Einführung eines Ausländerantrages in Ostermundigen

Die Beantwortung dieser drei Motionen ist mit Arbeit verbunden.

Ich entschuldige mich für den zeitlichen Verzug und werde für die Traktandierung der vier Vorstösse im Mai 2022 besorgt sein.

Departementsvorsteher Finanzen/Steuern Erich Blaser (SVP): Ich möchte mich zur

g) Interpellation betreffend Plausibilisierungsfragen zur Finanzstrategie

äussern:

Wir haben das Geschäft unterschätzt. Die zielgerechte Beantwortung der gestellten 10 Fragen hätte bereits im Januar 2022 dem Gemeinderat vorgestellt werden müssen. Die Abteilung Finanzen ist zurzeit mit dem Jahresabschluss stark belastet. Ebenfalls wurde der Budgetprozess 2023 gestartet. Unser Ziel ist es, die Beantwortung der Fragen im Mai 2022 vorzunehmen. Besten Dank für das Verständnis.

Ratspräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Diese parlamentarischen Neueingänge sind heute Abend eingegangen:

- Dringliche überparteiliche Motion: KOBe Ostermundigen Bern - vollwertige Vertretung während einer Übergangszeit von 4 bis 8 Jahren; parlamentarischer Neueingang
 - Der parlamentarische Neueingang wird vom Gemeinderat als dringlich erklärt, begründet und vom Grossen Gemeinderat erheblich erklärt.
- Dringliches Postulat SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion: Vor dem Hintergrund der Bestrebungen, den Berner Gemeinderat parallel zur Fusion auf 7 Mitglieder aufzustocken; parlamentarischer Neueingang
 - Der parlamentarische Neueingang wird vom Gemeinderat als dringlich erklärt, begründet und vom Grossen Gemeinderat erheblich erklärt.
- Dringliche Motion EVP-Fraktion betreffend den neuen Stadtteil der Stadt Bern, nämlich Ostermundigen, erhält während einer Übergangszeit von 4-8 Jahren bei den die Fusion betreffenden Themen ein stimmberechtigtes Gemeinderatsmitglied; parlamentarischer Neueingang
 - Der parlamentarische Neueingang wird von der Erstunterzeichnerin zurückgezogen.
- Dingliche Motion Nr. 1 der SVP-Fraktion zum Projekt Kooperation Ostermundigen Bern (KOBe); Bestandessicherheit Ortsplanungsrevision «O'mundo» ; parlamentarischer Neueingang
 - Der parlamentarische Neueingang wird vom Gemeinderat als dringlich erklärt, begründet und vom Grossen Gemeinderat abgelehnt.
- Dingliche Motion Nr. 2 der SVP-Fraktion zum Projekt Kooperation Ostermundigen Bern (KOBe); Bestandessicherheit des Energierichtplans; parlamentarischer Neueingang
 - Der parlamentarische Neueingang wird vom Gemeinderat als dringlich erklärt, begründet und vom Grossen Gemeinderat abgelehnt.
- Dingliche Motion Nr. 3 der SVP-Fraktion zum Projekt Kooperation Ostermundigen Bern (KOBe); Bestandessicherheit Schulraumplanung; parlamentarischer Neueingang
 - Der parlamentarische Neueingang wird vom Gemeinderat als dringlich erklärt, begründet und vom Grossen Gemeinderat abgelehnt.
- Dingliche Motion Nr. 4 der SVP-Fraktion zum Projekt Kooperation Ostermundigen Bern (KOBe); Harmonisierung der Bauordnungen; parlamentarischer Neueingang
 - Der parlamentarische Neueingang wird vom Gemeinderat als dringlich erklärt, begründet und vom Grossen Gemeinderat abgelehnt.
- Dingliche Motion Nr. 5 der SVP-Fraktion zum Projekt Kooperation Ostermundigen Bern (KOBe); Bestandessicherheit der Planungen im öffentlichen Verkehr; parlamentarischer Neueingang
 - Der parlamentarische Neueingang wird vom Gemeinderat als dringlich erklärt, begründet und vom Grossen Gemeinderat abgelehnt.
- Dingliche Motion Nr. 6 der SVP-Fraktion zum Projekt Kooperation Ostermundigen Bern (KOBe); Verkehrserschliessung; parlamentarischer Neueingang
 - Der parlamentarische Neueingang wird vom Gemeinderat als dringlich erklärt, begründet und vom Grossen Gemeinderat abgelehnt.

1. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 24. Februar 2022

- Dingliche Motion Nr. 7 der SVP-Fraktion zum Projekt Kooperation Ostermundigen Bern (KObE); Verkehrs- und Parkplatzpolitik; parlamentarischer Neueingang
 - Der parlamentarische Neueingang wird vom Gemeinderat als dringlich erklärt, begründet und vom Grossen Gemeinderat abgelehnt.
- Dingliche Motion Nr. 8 der SVP-Fraktion zum Projekt Kooperation Ostermundigen Bern (KObE); Bestandessicherheit für Gemeindemitarbeitende; parlamentarischer Neueingang
 - Der parlamentarische Neueingang wird vom Gemeinderat als dringlich erklärt, begründet und vom Grossen Gemeinderat abgelehnt.
- Dingliche Motion Nr. 9 der SVP-Fraktion zum Projekt Kooperation Ostermundigen Bern (KObE); Künftiges Pensionsalter der Gemeindemitarbeitenden und deren allfällige finanziellen und/oder personalrechtlichen Folgen; parlamentarischer Neueingang
 - Der parlamentarische Neueingang wird vom Gemeinderat als dringlich erklärt, begründet und vom Grossen Gemeinderat abgelehnt.
- Dingliche Motion Nr. 10 der SVP-Fraktion zum Projekt Kooperation Ostermundigen Bern (KObE); Sicherstellung der intakten Gewerbestruktur; parlamentarischer Neueingang
 - Der parlamentarische Neueingang wird vom Gemeinderat als dringlich erklärt, begründet und vom Grossen Gemeinderat abgelehnt.
- Dingliche Motion Nr. 11 der SVP-Fraktion zum Projekt Kooperation Ostermundigen Bern (KObE); Vereine; parlamentarischer Neueingang
 - Der parlamentarische Neueingang wird vom Gemeinderat als dringlich erklärt, begründet und vom Grossen Gemeinderat abgelehnt.
- Dingliche Motion Nr. 12 der SVP-Fraktion zum Projekt Kooperation Ostermundigen Bern (KObE); Stadtteilpartizipation; parlamentarischer Neueingang
 - Der parlamentarische Neueingang wird vom Gemeinderat als dringlich erklärt, begründet und vom Grossen Gemeinderat abgelehnt.
- Dringliches überparteiliches Postulat für ein doppeltproportionales Zuteilungsverfahren (doppelter Pukelsheim) in einem allfälligen Übergangsparlament oder bei der Bildung von Wahlkreisen; parlamentarischer Neueingang
 - Der parlamentarische Neueingang wird vom Gemeinderat als dringlich erklärt, begründet und vom Grossen Gemeinderat abgelehnt.
- Dringliches überparteiliches Postulat betreffend Sitze nach Bevölkerungszahl statt nach Anzahl Stimmberechtigte zuteilen; parlamentarischer Neueingang
 - Der parlamentarische Neueingang wird vom Gemeinderat als dringlich erklärt, begründet und vom Grossen Gemeinderat abgelehnt.
- Dringliches überparteiliches Postulat für einen Grüngürtel auch nach der Fusion; parlamentarischer Neueingang
 - Der parlamentarische Neueingang wird vom Gemeinderat als dringlich erklärt, begründet und vom Grossen Gemeinderat abgelehnt.

Axioma 8252
10.3.72 Motionen

84. Dringliche überparteiliche Motion: KOBe Ostermundigen Bern – vollwertige Vertretung während einer Übergangszeit von 4 bis 8 Jahren; parlamentarischer Neueingang

Auftrag

Der Gemeinderat wird gestützt auf Artikel 51 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates und Bezug nehmend auf Absatz 2 (Weisung) wie folgt beauftragt:

Als dritten Punkt in den Antrag zum «Projekt Kooperation Ostermundigen Bern (KOBe); Fusionsverhandlungen; Strukturfragen; Berichterstattung und Beschlussfassung» ist aufzunehmen:

3. Der Grosse Gemeinderat beauftragt den Gemeinderat, bezüglich des Eckpunkte «Der Gemeinderat der fusionierten Gemeinde» ein Modell mit einer vollwertigen Vertretung in die Fusionsverhandlungen einzubringen.

Begründung

Weiterhin ergeben sich Vorteile in einer Fusion mit der Stadt Bern, obschon eine der ursprünglichen Hauptmotivationen (unsere finanzielle Schieflage) an ultimativem Leidensdruck verloren hat. Gleichzeitig herrscht eine gewisse Verunsicherung, ob die Kooperation zwischen Ostermundigen und Bern effektiv auf Augenhöhe und mit der zwingend notwendigen gegenseitigen Wertschätzung und Akzeptanz vollzogen wird. Zwar hat der Stadtrat kürzlich an seiner diesbezüglichen Debatte gewisse kommunikative Missgeschicke seitens Berner Gemeinderat vom letzten Spätherbst korrigiert und uns positive Signale gesandt, auf denen sich aufbauen lässt.

Für die Wahrnehmung der Fusionsverhandlungen ist es für die Gemeinde Ostermundigen und die Einwohner wichtig, dass die Stadt Bern die Ostermundiger Anliegen auch wirklich ernst nimmt und bereit ist, auf die Anliegen des neuen Stadtteils insbesondere in einer Übergangszeit einzugehen.

Dieses Zeichen kann die Stadt Ostermundigen zusenden, indem sie in jenem Punkt, welcher bereits bei der Begleitgruppe Irritation bzw. Ablehnung auslöste, auf Ostermundigen zugeht und uns einen vollwertigen Gemeinderat-Sitz während einer Übergangszeit von 4 bis 8 Jahren zugesteht oder durch andere geeignete Massnahmen eine vollwertige Vertretung im GR sicherstellt. Ohnehin fehlt im Antrag zu diesem Geschäft genau zu diesem Aspekt eine konkrete Aussage respektive ein konkreter Auftrag an den Gemeinderat.

Wir sind uns bewusst, dass wir damit auch ein gewisses Risiko eingehen, dass sich der Fusionszeitplan allenfalls etwas streckt. Andererseits schätzen wir ohne ein solches Zeichen des Entgegenkommens die Chance, dass das Fusionsprojekt bei einer Volksabstimmung schlussendlich angenommen werden könnte, als sehr gering ein, selbst wenn zu einem späteren Zeitpunkt der Mehrwert einer Fusion mit Bern für Ostermundigen transparent und nachvollziehbar aufgezeigt werden könnte.

eingereicht am 24. Februar 2022

sig: Rolf Rickenbach (FDP), Ch. Leiser (FDP), A. Bärtschi (Mitte), Ch. Zahler (SP), S. Löhner (Mitte), M. Truog (SVP), H.R. Hausammann (SVP), W. Zysset (SVP), G. Zaugg (SVP), H.P. Friedli (SVP), A. Gränicher (SVP), J. Ananiadis (Piraten), M. Zürcher (EVP), G. Baumgartner (EVP), M. Wagner (EVP), Y. Jordi (Mitte)

Axioma 8253
10.3.73 Postulate

85. Dringliches Postulat SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion: Vor dem Hintergrund der Bestrebungen, den Berner Gemeinderat parallel zur Fusion auf 7 Mitglieder aufzustocken; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Vor dem Hintergrund der Bestrebungen, den Berner Gemeinderat parallel zur Fusion auf sieben Mitglieder aufzustocken, wird der Gemeinderat gebeten, neue Modelle für ein vollwertiges Ostermundiger Mitglied während einer Übergangszeit im Gemeinderat der fusionierten Stadt Bern zu prüfen und in die Verhandlungen einzubringen. Mindestens eine solche Variante soll in den Vernehmlassungsunterlagen zur Diskussion gestellt werden.

Begründung

Aus verschiedenen Kreisen in Ostermundigen wird das Bedürfnis nach einem vollwertigen Gemeinderatsmitglied aus Ostermundigen für eine Übergangszeit im fusionierten Bern geäussert. Gleichzeitig hat der Berner Stadtrat am 27. Januar 2022 die folgende Planungserklärung (Planungserklärung 2, zugestellt an alle Ostermundiger Parlamentsmitglieder am 8.2.2022) überwiesen:

1. Der Gemeinderat wird beauftragt, die Aufstockung des Gemeinderats auf sieben Mitglieder parallel zur Fusion vorzusehen. Diese ist mit der fusionsbedingten Zusammenführung der Verwaltungen zu koordinieren, um Doppelspurigkeiten zu vermeiden.
2. Für die zeitliche Umsetzung der Erhöhung auf 7 Mitglieder wird der Gemeinderat beauftragt verschiedene Varianten auszuarbeiten (0 bis maximal 4 Jahre nach dem Fusionszeitpunkt), welche die Interessen von Ostermundigen angemessen berücksichtigen.
3. Die Varianten sind gemeinsam mit der Gemeinde Ostermundigen auszuarbeiten bzw. zu verhandeln und sind spätestens mit und als Bestandteil des Fusionsvertrags der AKO und dem Stadtrat vorzulegen. Das zeigt: Auch Bern will die Interessen von Ostermundigen berücksichtigen. Der Ball des Berner Stadtrats soll mit diesem Postulat aufgenommen werden.

Das bisher vorgeschlagene Modell des/der Fusionsbeauftragten geht von einem Fünfergemeinderat aus. Mit der vom Stadtrat angestossenen Erhöhung auf sieben Gemeinderatsmitglieder ergeben sich allenfalls neue Möglichkeiten, dem Ostermundiger Bedürfnis nach einem reservierten Übergangssitz im Gemeinderat gerecht zu werden. In diesem Postulat wird absichtlich kein fixes Modell gefordert. Die verschiedenen sich mit einem Siebner Gremium zusätzlich ergebenden Möglichkeiten sollen ergebnisoffen geprüft werden.

Mindestens eine Variante soll von den Projektgremien ausgearbeitet und in den Vernehmlassungsunterlagen zur Diskussion gestellt werden. Entscheidend wird bei der Volksabstimmung das Gesamtpaket sein, welches im Fusionsvertrag vorgelegt wird und nicht eine einzelne Strukturfrage. Deshalb sollen die verhandelnden Exekutiven hier auch einen gewissen Handlungsspielraum haben.

eingereicht am 24. Februar 2022

sig: Matthias Kuert (SP), K. Balmer, S. Dähler, S. Aeschbacher, K. Kistler, P. Zeyer, C. Nova,
S. Schnider Müller, A. Tanner (Grüne), M. Falk, C. Zeyer

Axioma 8254
10.3.72 Motionen

86. Dringliche Motion EVP-Fraktion betreffend den neuen Stadtteil der Stadt Bern, nämlich Ostermundigen, erhält während einer Übergangszeit von 4-8 Jahren bei den die Fusion betreffenden Themen ein stimmberechtigtes Gemeinderatsmitglied; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

In den Antrag zum «Projekt Kooperation Ostermundigen Bern (KOBe); Fusionsverhandlungen; Strukturfragen; Berichterstattung und Beschlussfassung» ist als dritten Punkt aufzunehmen:

3. der neue Stadtteil der Stadt Bern, nämlich Ostermundigen, erhält während einer Übergangszeit von 4-8 Jahren bei den die Fusion betreffenden Themen ein stimmberechtigtes Gemeinderatsmitglied.

Begründung

Ein Ziel des Projekts „Kooperation Bern“ ist eine FUSION von Bern mit Ostermundigen, und nicht eine Eingemeindung. Auch mit dem von der Anzahl Stimmberechtigten und Bewohnern her kleineren Partner muss auf Augenhöhe gearbeitet und verhandelt werden. Dazu braucht Ostermundigen eine fusionsbeauftragte Person, welche im Gemeinderat für mindestens eine Legislatur bei allen fusionsrelevanten Themen stimmberechtigt ist, und nicht nur eine beratende Stimme hat.

ingereicht am 24.2.2022

sig. Myriam Zürcher, Martina Wagner und Gerhard Baumgartner

Axioma 8255

10.3.72 Motionen

87. Dingliche Motion Nr. 1 der SVP-Fraktion zum Projekt Kooperation Ostermundigen Bern (KOBe); Bestandessicherheit Ortsplanungsrevision «O'mundo» ; parlamentarischer Neueingang

Auftrag

Der Gemeinderat wird gestützt auf Artikel 51 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates und Bezug nehmend auf Absatz 2 (Weisung) beauftragt, in den weiteren Fusionsverhandlungen dafür zu sorgen, dass die Ortsplanungsrevision «O'mundo» mit dem noch zu erstellenden Fusionsvertrag in ihrem Bestand gesichert bleibt.

Begründung

Die mit viel personellem und finanziellem Aufwand erstellte Ortsplanungsrevision «O'mundo» darf bei einer allfälligen Fusion mit der Stadt Bern auf keinen Fall fallengelassen und mit Regelungen der Stadt Bern zunichte gemacht werden. Sollte die Fusion zustande kommen, müssen die Einwohner des künftigen Stadtteils Ostermundigen weiterhin selbst über ihr Gebiet bestimmen können. Gemäss Zusammenfassung zum heutigen GGR-Geschäft Nr. 79 entspricht dies auch einer Forderung des Gemeinderates. Mit vorliegendem Auftrag soll der GGR dieser Forderung Nachdruck verleihen bzw. unserem Gemeinderat «den Rücken stärken». Damit der Auftrag unverzüglich übernommen und in die Fusionsverhandlungen eingebracht werden kann, verlangt die SVP-Fraktion die Dringlichkeit der Motion.

eingereicht am 24. Februar 2022

sig. Markus Truog, H.R. Hausammann, G. Zaugg, W. Zysset, H.P. Friedli

Axioma 8256

10.3.72 Motionen

88. Dingliche Motion Nr. 2 der SVP-Fraktion zum Projekt Kooperation Ostermundigen Bern (KOBe); Bestandessicherheit des Energierichtplans; parlamentarischer Neueingang

Auftrag

Der Gemeinderat wird gestützt auf Artikel 51 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates und Bezug nehmend auf Absatz 2 (Weisung) beauftragt, in den weiteren Fusionsverhandlungen dafür zu sorgen, dass der bestehende Energierichtplan mit dem noch zu erstellenden Fusionsvertrag in seinem Bestand gesichert bleibt.

Begründung

Ostermundigen ist seit längerer Zeit mit dem Energiestadt-Label ausgezeichnet und soll dies möglichst als allfälliger Stadtteil der fusionierten Gemeinden beibehalten können. Gemäss Zusammenfassung zum heutigen GGR-Geschäft Nr. 79 entspricht dies auch einer Forderung des Gemeinderates. Mit vorliegendem Auftrag soll der GGR dieser Forderung Nachdruck verleihen bzw. unserem Gemeinderat «den Rücken stärken». Damit der Auftrag unverzüglich übernommen und in die Fusionsverhandlungen eingebracht werden kann, verlangt die SVP-Fraktion die Dringlichkeit der Motion.

eingereicht am 24. Februar 2022

sig. Markus Truog, H.R. Hausammann, G. Zaugg, W. Zysset, H.P. Friedli

Axioma 8257
10.3.72 Motionen

89. Dingliche Motion Nr. 3 der SVP-Fraktion zum Projekt Ko- operation Ostermundigen Bern (KOBe); Bestandessicherheit Schulraumplanung; parlamentarischer Neueingang

Auftrag

Der Gemeinderat wird gestützt auf Artikel 51 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates und Bezug nehmend auf Absatz 2 (Weisung) beauftragt, in den weiteren Fusionsverhandlungen dafür zu sorgen, dass die Ostermündiger Schulraumplanung mit dem noch zu erstellenden Fusionsvertrag in seinem Bestand gesichert bleibt.

Begründung

Die Gemeinde Ostermundigen hat viel in ihre Schulraumplanung und deren Umsetzung investiert und wird dies in den kommenden Jahren auch noch tun (Beispiel: gerade genehmigter Objektkredit für die Schulanlage Mösli). Gemäss Zusammenfassung zum heutigen GGR-Geschäft Nr. 79 entspricht dies auch einer Forderung des Gemeinderates. Mit vorliegendem Auftrag soll der GGR dieser Forderung Nachdruck verleihen bzw. unserem Gemeinderat «den Rücken stärken». Damit der Auftrag unverzüglich übernommen und in die Fusionsverhandlungen eingebracht werden kann, verlangt die SVP-Fraktion die Dringlichkeit der Motion.

eingereicht am 24. Februar 2022

sig. Markus Truog, H.R. Hausammann, G. Zaugg, W. Zysset, H.P. Friedli

Axioma 8258
10.3.72 Motionen

90. Dingliche Motion Nr. 4 der SVP-Fraktion zum Projekt Kooperation Ostermundigen Bern (KOBe); Harmonisierung der Bauordnungen; parlamentarischer Neueingang

Auftrag

Der Gemeinderat wird gestützt auf Artikel 51 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates und Bezug nehmend auf Absatz 2 (Weisung) beauftragt, im Zusammenhang mit dem Fusionsvertrag aufzuzeigen, wie die Harmonisierung der Bauordnungen ablaufen wird, so dass es insbesondere im Bewilligungswesen gegenüber heute für Ostermundigen keine Verschlechterung gibt und in seinem Bestand gesichert bleibt.

Begründung

Gemäss Aussage unseres Gemeindepräsidenten können aktuell Baubewilligungen in Ostermundigen «dank kurzer Wege» meist rasch erwartet werden. Der bald bezugsbereite Bären-Tower ist ein gutes Beispiel dafür. In der Stadt Bern dauern vor allem grosse Bauvorhaben meist unerträglich lange – das Viererfeld lässt grüssen – und von einem vergleichbaren Bären-Tower wäre da wohl noch nicht einmal eine Bauprofilstange zu sehen. Der drohenden Verschlechterung für den Stadtteil Ostermundigen muss deshalb unbedingt schon im Fusionsvertrag entgegengewirkt werden. Damit der Auftrag unverzüglich übernommen und in die Fusionsverhandlungen eingebracht werden kann, verlangt die SVP-Fraktion die Dringlichkeit der Motion.

eingereicht am 24. Februar 2022

sig. Markus Truog, H.R. Hausammann, G. Zaugg, W. Zysset, H.P. Friedli

Axioma 8259

10.3.72 Motionen

91. Dingliche Motion Nr. 5 der SVP-Fraktion zum Projekt Kooperation Ostermundigen Bern (KOBe); Bestandessicherheit der Planungen im öffentlichen Verkehr; parlamentarischer Neueingang

Auftrag

Der Gemeinderat wird gestützt auf Artikel 51 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates und Bezug nehmend auf Absatz 2 (Weisung) beauftragt, in den weiteren Fusionsverhandlungen dafür zu sorgen, dass die Planungen im Öffentlichen Verkehr auf dem Gebiet von Ostermundigen mit dem noch zu erstellenden Fusionsvertrag in ihrem Bestand gesichert bleiben.

Begründung

Ostermundigen verfügt heute über einen sehr guten öffentlichen Verkehr. Dies muss unbedingt auch im allfällig neuen Stadtteil Ostermundigen so bleiben. Gemäss Zusammenfassung zum heutigen GGR-Geschäft Nr. 79 entspricht dies auch einer Forderung des Gemeinderates. Mit vorliegendem Auftrag soll der GGR dieser Forderung Nachdruck verleihen bzw. unserem Gemeinderat «den Rücken stärken». Damit der Auftrag unverzüglich übernommen und in die Fusionsverhandlungen eingebracht werden kann, verlangt die SVP-Fraktion die Dringlichkeit der Motion.

eingereicht am 24. Februar 2022

sig. Markus Truog, H.R. Hausammann, G. Zaugg, W. Zysset, H.P. Friedli

Axioma 8260
10.3.72 Motionen

92. Dingliche Motion Nr. 6 der SVP-Fraktion zum Projekt Kooperation Ostermundigen Bern (KOBe); Verkehrserschliessung; parlamentarischer Neueingang

Auftrag

Der Gemeinderat wird gestützt auf Artikel 51 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates und Bezug nehmend auf Absatz 2 (Weisung) beauftragt, in einem Konzept aufzuzeigen, welche Änderungen bezüglich der Verkehrserschliessung (ÖV, MIV und Langsamverkehr) sich durch die Fusion ergeben. Das Konzept ist zusammen mit dem Fusionsvertrag zu publizieren und den zuständigen Gremien zur Kenntnis zu bringen.

Begründung

Ostermundigen weist eine gute Verkehrserschliessung auf. Diese muss bei einer Fusion unbedingt erhalten oder gar weiter verbessert werden. Der Gemeinderat soll deshalb in einem Konzept aufzeigen, wie er dem entgegenwirken will. Damit der Auftrag unverzüglich übernommen und in die Fusionsverhandlungen eingebracht werden kann, verlangt die SVP-Fraktion die Dringlichkeit der Motion.

eingereicht am 24. Februar 2022

sig. Markus Truog, H.R. Hausammann, G. Zaugg, W. Zysset, H.P. Friedli

Axioma 8261
10.3.72 Motionen

93. Dingliche Motion Nr. 7 der SVP-Fraktion zum Projekt Ko- operation Ostermundigen Bern (KOBe); Verkehrs- und Parkplatzpolitik; parlamentarischer Neueingang

Auftrag

Der Gemeinderat wird gestützt auf Artikel 51 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates und Bezug nehmend auf Absatz 2 (Weisung) beauftragt, im Rahmen seiner Berichterstattung aufzuzeigen, welche Auswirkungen die Fusion auf die Verkehrs- und Parkplatzpolitik in Ostermundigen haben wird.

Begründung

Die Stadt Bern hat eine sehr restriktive und stark einschränkende Verkehrs- und Parkplatzpolitik. So sind unter anderem die Anzahl Parkplätze pro Wohnung bei Neubauten mit ausreichender Erschliessung mit dem öffentlichen Verkehr auf 0.2 Parkplätze pro Wohnung festgelegt. Wollen wir derartiges in Ostermundigen auch? Die SVP-Fraktion ist der Meinung: Nein.

eingereicht am 24. Februar 2022

sig. Markus Truog, H.R. Hausammann, G. Zaugg, W. Zysset, H.P. Friedli

Axioma 8262
10.3.72 Motionen

94. Dingliche Motion Nr. 8 der SVP-Fraktion zum Projekt Kooperation Ostermundigen Bern (KOBe); Bestandessicherheit für Gemeindemitarbeitende; parlamentarischer Neueingang

Auftrag

Der Gemeinderat wird gestützt auf Artikel 51 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates und Bezug nehmend auf Absatz 2 (Weisung) beauftragt, in den weiteren Fusionsverhandlungen dafür zu sorgen, dass für die Mitarbeitenden der Gemeinde Ostermundigen im noch zu erstellenden Fusionsvertrag Bestandessicherheit zugesichert wird. Zudem hat der Gemeinderat aufzuzeigen, wie die Stelleneinreihung erfolgen soll, damit dies für das Gemeindepersonal von Ostermundigen keine negativen Änderungen hat.

Begründung

Bisher wurde in den Fusionsverhandlungen den Mitarbeitenden der Gemeinde Ostermundigen stets Bestandessicherheit versprochen. Dieses Versprechen muss unbedingt gehalten werden. Gemäss Zusammenfassung zum heutigen GGR-Geschäft Nr. 79 entspricht dies auch einer Forderung des Gemeinderates. Mit vorliegendem Auftrag soll der GGR dieser Forderung Nachdruck verleihen bzw. unserem Gemeinderat «den Rücken stärken». Damit der Auftrag unverzüglich übernommen und in die Fusionsverhandlungen eingebracht werden kann, verlangt die SVP-Fraktion die Dringlichkeit der Motion.

eingereicht am 24. Februar 2022

sig. Markus Truog, H.R. Hausammann, G. Zaugg, W. Zysset, H.P. Friedli

Axioma 8263
10.3.72 Motionen

**95. Dingliche Motion Nr. 9 der SVP-Fraktion zum Projekt Ko-
operation Ostermundigen Bern (KOBe); Künftiges Pensions-
alter der Gemeindemitarbeitenden und deren allfällige
finanziellen und/oder personalrechtlichen Folgen; parla-
mentarischer Neueingang**

Auftrag

Der Gemeinderat wird gestützt auf Artikel 51 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates und Bezug nehmend auf Absatz 2 (Weisung) beauftragt, im Zusammenhang mit dem Fusionsvertrag aufzuzeigen, ob und was die Fusion im Zusammenhang mit dem Pensionsalter der Gemeindemitarbeitenden finanziell und/oder personalrechtlich zur Folge hat.

Begründung

Heute gehen die Mitarbeitenden von Ostermundigen mit 65 bzw. 64 in Pension. Die SVP-Fraktion will wissen, ob dieses ordentliche Pensionsalter bleibt oder ob für die Mitarbeitenden von Ostermundigen künftig, wie für jene der Stadt Bern Pensionsalter 63 gilt. Trifft letzteres zu, will die SVP-Fraktion erfahren, welche finanziellen Auswirkungen dies auf das Personal sowie auf die Gemeinde haben wird. Damit der Auftrag unverzüglich übernommen und in die Fusionsverhandlungen eingebracht werden kann, verlangt die SVP-Fraktion die Dringlichkeit der Motion.

eingereicht am 24. Februar 2022

sig. Markus Truog, H.R. Hausammann, G. Zaugg, W. Zysset, H.P. Friedli

Axioma 8264
10.3.72 Motionen

96. Dingliche Motion Nr. 10 der SVP-Fraktion zum Projekt Kooperation Ostermundigen Bern (KOBe); Sicherstellung der intakten Gewerbestruktur; parlamentarischer Neueingang

Auftrag

Der Gemeinderat wird gestützt auf Artikel 51 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates und Bezug nehmend auf Absatz 2 (Weisung) beauftragt, in einem Konzept aufzuzeigen, wie die Existenz der intakten Gewerbestruktur Ostermundigens nach der Fusion sichergestellt wird. Das Konzept ist zusammen mit dem Fusionsvertrag zu publizieren und den zuständigen Gremien zur Kenntnis zu bringen.

Begründung

Ostermundigen weist eine intakte Gewerbestruktur auf. Die heutige Wohnbaupolitik der Stadt Bern wird ohne «Gegensteuer» mit Bestimmtheit dazu führen, dass Gewerbebetriebe in Ostermundigen in Ihrer Existenz gefährdet sind. Der Gemeinderat soll deshalb in einem Konzept aufzeigen, wie er dem entgegenwirken will. Damit der Auftrag unverzüglich übernommen und in die Fusionsverhandlungen eingebracht werden kann, verlangt die SVP-Fraktion die Dringlichkeit der Motion.

eingereicht am 24. Februar 2022

sig. Markus Truog, H.R. Hausammann, G. Zaugg, W. Zysset, H.P. Friedli

Axioma 8265
10.3.72 Motionen

97. Dringliche Motion Nr. 11 der SVP-Fraktion zum Projekt Kooperation Ostermundigen Bern (KOBe); Vereine; parlamentarischer Neueingang

Auftrag

Der Gemeinderat wird gestützt auf Artikel 51 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates und Bezug nehmend auf Absatz 2 (Weisung) beauftragt, in einem Konzept aufzuzeigen, wie die Existenz des Vereinswesens in Ostermundigen nach der Fusion sichergestellt wird. Das Konzept ist zusammen mit dem Fusionsvertrag zu publizieren und den zuständigen Gremien zur Kenntnis zu bringen.

Begründung

Ostermundigen hat glücklicherweise ein sehr reges Vereinsleben. So gibt es gegen 70 Vereine unterschiedlichster Art und Grösse. Einige dieser Vereine – unter anderem der FCO und der TVO – werden heute von der Gemeinde mit zum Teil namhaften Beträgen und/oder kostenloser Zurverfügungstellung von Infrastruktur unterstützt. Die SVP-Fraktion sieht diese Unterstützung durch die Fusion bedroht. Der Gemeinderat soll deshalb in einem Konzept aufzeigen, wie er die heute gute Vereinsstruktur weiterhin unterstützen will. Damit der Auftrag unverzüglich übernommen und in die Fusionsverhandlungen eingebracht werden kann, verlangt die SVP-Fraktion die Dringlichkeit der Motion.

eingereicht am 24. Februar 2022

sig. Markus Truog, H.R. Hausammann, G. Zaugg, W. Zysset, H.P. Friedli

Axioma 8266
10.3.72 Motionen

98. Dingliche Motion Nr. 12 der SVP-Fraktion zum Projekt Ko- operation Ostermundigen Bern (KOBe); Stadtteilpartizipation; parlamentarischer Neueingang

Auftrag

Der Gemeinderat wird gestützt auf Artikel 51 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates und Bezug nehmend auf Absatz 2 (Weisung) beauftragt, im Zusammenhang mit dem Fusionsvertrag aufzuzeigen, wie die Partizipation des Stadtteils Ostermundigen in der fusionierten Gemeinde gestaltet sein soll und welche Kompetenzen damit verbunden sein werden.

Begründung

Die beiden Gemeinderäte haben sich für die künftige Stadtteilpartizipation Ostermundigens gemäss Kapitel 3.6 der Botschaft weitgehend auf Modell 3 (Stadtteil-Kommissionen) geeinigt. Dies erachtet die SVP-Fraktion als grundsätzlich gut. Sie verlangt jedoch, dass vom Gemeinderat nicht erst «in einem nächsten Schritt», sondern bereits zusammen mit dem zur Volksabstimmung gelangenden Fusionsvertrag aufgezeigt wird, wie die Stadtteil-Kommission besetzt werden soll und welche Kompetenzen sie haben wird. Damit der Auftrag unverzüglich übernommen und in die Fusionsverhandlungen eingebracht werden kann, verlangt die SVP-Fraktion die Dringlichkeit der Motion.

eingereicht am 24. Februar 2022

sig. Markus Truog, H.R. Hausammann, G. Zaugg, W. Zysset, H.P. Friedli

Axioma 8267
10.3.73 Postulate

99. Dringliches, überparteiliches Postulat für ein doppelproportionales Zuteilungsverfahren (doppelter Pukelsheim) in einem allfälligen Übergangsparlament oder bei der Bildung von Wahlkreisen; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird aufgefordert, im Rahmen der Fusionsverhandlungen darauf hinzuwirken, dass die Sitze in einem allfälligen Übergangsparlament oder bei der Bildung von Wahlkreisen nach dem doppelproportionalen Zuteilungsverfahren verteilt werden.

Begründung

Der sogenannte doppelte Pukelsheim ist eine iterative mathematische Methode, dank der auch bei Wahlen mit Wahlkreisen die Sitzverteilung so ausfällt, dass die Parteien gemäss ihren wählenden Anteilen vertreten sind. So könnten die Vorteile der Wahlkreise (lokale Verantwortung) mit jenen eines Einheitswahlkreises (bessere Abbildung des prozentualen Wahlergebnisses) kombiniert werden. Dieses Verfahren wird bereits in mehreren Städten und Kantonen angewendet.

Zwar ist die Methode relativ komplex, aber das Resultat ist einfach zu überprüfen, so dass auch die demokratische Nachvollziehbarkeit gewährleistet ist.

Weitere Informationen und Links: https://de.wikipedia.org/wiki/Doppelproportionales_Zuteilungsverfahren

eingereicht am 24. Februar 2022

sig.: Adrian Tanner (Grüne), Myriam Zürcher (EVP)

Axioma 8268
10.3.73 Postulate

100. Dringliches überparteiliches Postulat betreffend Sitze nach Bevölkerungszahl statt nach Anzahl Stimmberechtigte zuteilen; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird aufgefordert, im Rahmen der Fusionsverhandlungen darauf hinzuwirken, dass die Sitze in einem allfälligen Übergangsparlament oder bei der Bildung von Wahlkreisen in der neuen Gemeinde nach der Bevölkerungszahl und nicht nach der Anzahl Stimmberechtigten verteilt werden.

Begründung

Auch auf kantonaler Ebene werden die Sitze zwischen den Wahlkreisen anhand der Bevölkerung und nicht anhand der Stimmberechtigten verteilt (Art. 64 Gesetz über die politischen Rechte, PRG¹).

Mit der Sitzverteilung nach Bevölkerung hätte Ostermundigen in einem Übergangsparlament nicht 8, sondern 10 Sitze.

80 : 143 294 [https://www.bern.ch/themen/stadt-recht-und-politik/bern-in-zahlen/in_kuerze]
=> 1 Sitz für 1791 Einwohnende

10 : 18 044 [<https://www.ostermundigen.ch/de/gemeinde-wirtschaft/gemeinde/statistikzahlen/>]
=> 1 Sitz für 1804 Einwohnende (statt 2255 bei 8 Sitzen)

eingereicht am 24. Februar 2022

sig.: Adrian Tanner (Grüne), Myriam Zürcher (EVP)

¹ BSG 141.1; <https://www.belex.sites.be.ch/frontend/versions/2409>

Axioma 8269
10.3.73 Postulate

101. Dringliches überparteiliches Postulat für einen Grüngürtel auch nach der Fusion; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird aufgefordert, im Rahmen der Fusionsverhandlungen darauf hinzuwirken, dass im Gebiet der heutigen Gemeinde Ostermundigen (oder auch auf dem Gebiet der gesamten neuen Gemeinde) auch nach der Fusion keine neuen Flächen eingezont werden.

Begründung

Der Grundsatz, dass nicht weiter «in die grüne Wiese» hinausgebaut werden soll, ist in Ostermundigen über alle Parteien sehr gut verankert, was unter anderem die Diskussionen zum Rütibühl und zu O'mundo gezeigt haben.

In Bern wurde am Anfang der Diskussionen über die Fusion vereinzelt die Meinung geäußert, dass Ostermundigen mit seinen Landreserven für Bern sehr interessant sei. Zwar war diese Meinung in der Folge nicht mehr zu hören, doch bei vielen Ostermündiger*innen besteht die Befürchtung weiterhin, dass die Fusion zum Verlust von zusätzlichen Grünflächen führen könnte. Aus diesem Grund muss der Verzicht auf Einzonungen auf eine geeignete Art und Weise festgehalten werden.

eingereicht am 24. Februar 2022

sig.: Adrian Tanner (Grüne), Myriam Zürcher (EVP)

Persönliche Erklärung

Oliver Tamàs (glp): Nach 10 Jahren im GGR ist es so weit; wir wollen heute Abend Cédric Luyet verabschieden. Du hast per Ende April 2022 deine Demission eingereicht. Deshalb möchte ich hier ein paar Worte an das Parlament richten:

- Am 6. Juni 2012 bist du als Gründungsmitglied der glp-Ostermundigen im Tellsall aufgetreten.
- Im November 2012 bist du als GGR-Mitglied der glp-Ostermundigen gewählt worden.
- Im Jahre 2016 konntes du als Ratspräsident und höchster Ostermundiger deinen Tätigkeiten nachgehen.
- Es wird eine grosse Lücke in der glp-Fraktion entstehen.
- Der Finanz- und Lastenausgleich (FILAG) war Dein Lieblingsthema und wurde jährlich in der Budgetdebatte auf das Tapet gebracht.

Lieber Cédric, ich möchte dir ein kleines Präsent überreichen

Cédric Luyet (glp): In den 10 Jahren habe ich viel über die Politik gelernt. Ich durfte viele verschiedene Persönlichkeiten im GGR beobachten. Es war immer spannend - auch heute Abend wieder.

Wer sich aktiv, mit Herzblut und zwangsläufig auch mit dem notwendigen Biss einsetzt, wird erfolgreich sein und kann etwas bewirken. Es braucht eine weitergehende Bereitschaft, sich für die Causa einzusetzen. Bei mir ging in den letzten Monaten das Herzblut zurück und definitiv fehlen mir die notwendigen zeitlichen Ressourcen. Aus diesem Grund habe ich mich für die Demission aus dem GGR entschieden.

Ich wünsche Euch allen viel Freude und Erfolg beim Politisieren! Den Fusionsbeauftragten der Gemeinde Ostermundigen wünsche ich viel Herzblut, der notwendige Biss bei der Ausarbeitung des Fusionsvertrages und wenn die Bereitschaft und der notwendige Wille vorhanden sind, dann kommt die Fusion bestimmt zum Tragen.

Ich werde definitiv nicht aus der Partei austreten. Ich sage "uf Wiederluege u wünsche Öich ä schöne Abe".

- - - - - **A p p l a u s** - - - - -

Ratspräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Damit sind wir am Ende der heutigen Sitzung angekommen. Ich bedanke mich für die konstruktiven Diskussionen. Ich habe am Anfang zitiert:

«Das größte Problem in der Kommunikation ist, dass wir nicht zuhören, um zu verstehen. Wir hören zu, um zu antworten.»

Heute Abend haben wir sehr viel zugehört, um zu verstehen. Vielen Dank.

Ich wünsche allen einen schönen Abend. Wir sehen uns am 5. Mai 2022 zur nächsten GGR-Sitzung wieder.

a) Pendenzenliste des Grossen Gemeinderates

o = offen, e = erledigt, ne = offen, sollte erledigt sein

Ax #	Titel	Start	Ende	Zu- stän- dig	Kommentar	Sta- tus
2103/ 1462	Verwaltungsbericht 2015: Motion betr. Kinderschutz durch Verkehrssicherheit bei der Schule Rüti	25.08.16 18.05.17 28.06.18 27.06.19	31.05.17	ÖS	Abschreibung abgelehnt	ne
2719	Ortsplanungsrevision: O'mundo	15.12.16 03.05.18 06.05.21	31.12.22	PRA	Raumentwicklungswegweiser 2025+ (siehe auch www.omundo.ch) am 6.5.21 genehmigt. Kreditabrechnung am 5.5.22 in GGR	o
3527	Informations- + Koordinationsstelle 60+	27.06.19	31.08.22	SOZ	Ergebnisse der Projektevaluation abgeben	o
988	Protokoll Nr. 4 der GGR-Sitzung vom 17.9.2020; Genehmigung	17.12.20	31.12.22	PRA	Nur noch ein "Beschlussprotokoll" verfassen. Alle Voten als MP3-Datei aufschalten (rechtliche Anpassungen vornehmen!)	o
3453	KOBe; Genehmigung Fusionsvertrag und -reglement	24.02.22	31.12.22	PRA	Strukturfragen; Berichterstattung	o

GROSSER GEMEINDERAT (GGR) OSTERMUNDIGEN

Die Präsidentin:

Der Ratssekretär:

Astrid Bärtschi Mosimann

Jürg Kumli

Der Stimmenzähler:

Der Stimmenzähler:

Thulani Thomann

Markus Truog

b) KOB; Folie 1

17. Dezember 2020: Auftrag GGR an GR für Fusions-Verhandlungsprozess

- Der Gemeinderat verhandelt mit der Stadt Bern über eine mögliche Fusion der beiden Gemeinden Ostermundigen und Bern zu einer neuen Gemeinde. Ziel des Gemeinderates ist ein guter Vertrag für die (Mundiger) Bevölkerung, die Vereine und das Gewerbe/Wirtschaft auszuhandeln. Der Gemeinderat wird zuhanden der Entscheidorgane die Vor- und Nachteile der Fusionsdokumente (u. a. Fusionsvertrag) aufzeigen.

- Entscheid der Stimmberechtigten 2023

- Im Fall eines JA Umsetzung per 1. Januar 2025

1. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 24. Februar 2022

→

c) **KOBe; Folie 2**

allf. GGR-Beschluss	Bemerkungen	Auswirkung
Ablehnung der Kenntnisnahme des Berichtes		Abbruch der Verhandlungen – Projekt wird nicht weitergeführt
Rückweisung des Berichtes mit der Vorgabe zu konkreten Erwartungen an das Verhandlungsergebnis		Fahrplan kann kaum eingehalten werden – ev. Projektabbruch
parl. Vorstösse: Motion Art. 53, Abs. 4, GO GGR	Weisungscharakter → Wenn Motionär der Meinung ist, der eingereichte Vorstoss habe den Charakter einer verbindlichen Weisung (mit der Folge, dass die Fusion als gescheitert gilt, wenn die Stadt Bern nicht darauf eingeht), sollte dies ausdrücklich in der Motion festgehalten werden.	Ist die Stadt Bern mit dem entsprechenden Anliegen nicht einverstanden, würde dies zum Abbruch des Projekts führen.
	Richtliniencharakter → die Verhandlungen fallen in den Kompetenzbereich des Gemeinderates.	unproblematisch
parl. Vorstösse: Postulat Art. 53, Abs. 4, GO GGR		unproblematisch

d) KOBe; Folie 3

